



Die Schule in Nordrhein-Westfalen
Eine Schriftenreihe des Kultusministeriums

Materialien zur Leistungsbewertung

Geschichte

Gymnasiale Oberstufe

NW
-14(1991)A

4714/1

Georg-Eckert-Institut BS78



1 124 978 1

**Materialien zur
Leistungsbewertung
in den Fächern
der gymnasialen Oberstufe
(Bewertung von Klausuren)**

Geschichte

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
"Schulbuchbibliothek"

94/2037

Heft 4714/1

Herausgeber: Kultusministerium Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49, 4000 Düsseldorf 1

1. Auflage 1986

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Ritterbach mbH
Rudolf-Diesel-Straße 10-12, 5020 Frechen 1
Telefon (0 22 34) 5 70 01

unveränderter Nachdruck 1991

ZiW
H-14(1991)A

Richtlinien für die gymnasiale Oberstufe

hier: Materialien zur Leistungsbewertung in den Fächern der gymnasialen Oberstufe (Bewertung von Klausuren)

RdErl. d. Kultusministers v. 21.12.1983

III A 2.36—20/0—1623/83

Bezug: RdErl. d. Kultusministers v. 16.6.1981
(GABI. NW S. 199)

Die allgemeinen Aufgaben der Lernerfolgsüberprüfung, ihre pädagogischen Zielsetzungen, ihr Stellenwert im Unterrichtsprozeß, ihre fachspezifischen Ausprägungen sind in den Richtlinien für die Fächer der gymnasialen Oberstufe ausführlich dargelegt; sie ergeben sich aus dem Gesamtzusammenhang des Unterrichts.

Vorbereitung, Aufgabenstellung, Korrektur, Bewertung und Rückgabe von Klausuren sind Bestandteile der Lernerfolgsüberprüfung. Innerhalb der Vorgaben der Richtlinien entscheidet der Lehrer allein über die Aufgabenstellung und Bewertung der Schülerarbeiten, die dabei in engem Zusammenhang mit dem erteilten Unterricht stehen. Diese unabdingbare Voraussetzung erschwert aber die Vergleichbarkeit von Aufgabenstellung und Bewertungsmaßstäben von Lehrer zu Lehrer und von Schule zu Schule.

Im Rahmen des Modellversuchs¹⁾ zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Richtlinien ist es möglich, die fachpraktische Diskussion zu diesen Fragen fortzuführen und dadurch wichtige Entscheidungsvorgänge transparenter zu machen.

Anhand von Klausuren aus der Schulpraxis, die von Fachlehrern korrigiert, begutachtet und bewertet wurden, soll der Fachlehrer Einblick nehmen können in die Verfahrensweisen anderer Fachlehrer.

Die Fachaufsicht hat diese Arbeiten auf der Grundlage der Richtlinien und unter dem von ihr insbesondere zu beachtenden Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit der Aufgabenstellung und der Leistungsbewertung durchgesehen und bestätigt. Dies bedeutet, daß die Fachaufsicht unter Berücksichtigung der jeweiligen Unterrichtsvoraussetzungen die Aufgabenstellung und die erteilte Notenstufe als angemessen ansieht.

Diese zwischen Schulaufsicht und Fachpraxis abgestimmten Materialien können somit eine Orientierungshilfe für die Arbeit des Lehrers sein.

Dieser Erlaß wird nicht im Gemeinsamen Amtsblatt des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

1) Modellversuch zur Umsetzung und Überarbeitung der Richtlinien für die Unterrichtsfächer der gymnasialen Oberstufe in Nordrhein-Westfalen als Modell einer flächendeckenden, praxisbezogenen und dialogorientierten Lernplanrealisierung (BLK-IM-Nr. 8001056).

1.	Korrektur und Bewertung einer Klausur im Grundkurs Geschichte in der Jahrgangsstufe 12/I	7
1.1	Kurze Beschreibung der Kursgruppe	7
1.2	Darstellung der Unterrichtsvoraussetzungen	7
1.3	Klausurthemen und Aufgabenstellung	8
1.4	Darstellung des Erwartungshorizonts des Lehrers	9
1.5	Beschreibung der konkret angewandten Leistungsbeurteilung, bezogen auf die Notenstufen	11
1.6	Notenspiegel	12
1.7	Ausgewählte Arbeiten	12
2.	Korrektur und Bewertung einer Klausur im Leistungskurs Geschichte in der Jahrgangsstufe 13/I	25
2.1	Kurze Beschreibung der Kursgruppe	25
2.2	Darstellung der Unterrichtsvoraussetzungen	25
2.3	Klausurthema und Aufgabenstellung	27
2.4	Darstellung des Erwartungshorizonts des Lehrers	29
2.5	Beschreibung der konkret angewandten Leistungsbeurteilung, bezogen auf die Notenstufen	31
2.6	Notenspiegel	32
2.7	Ausgewählte Arbeiten	32

1. Korrektur und Bewertung einer Klausur im Grundkurs Geschichte in der Jahrgangsstufe 12/I

1.1 Kurze Beschreibung der Kursgruppe

Der Grundkurs Geschichte setzt sich aus vier Schülerinnen und achtzehn Schülern zusammen. Zwölf Kursteilnehmer schreiben Klausuren.

Die Leistungsbereitschaft ist hoch; Kursteilnehmer, die das Fach lediglich der Pflichtbedingungen wegen belegt haben, werden von der überdurchschnittlichen Motivation der anderen angespornt.

Der Fachlehrer unterrichtet die Gruppe in ihrer derzeitigen Zusammensetzung seit dem Eintritt in die 11/II; er kennt alle Schüler aus dem Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I.

1.2 Darstellung der Unterrichtsvoraussetzungen für die Klausur

a) Inhaltliche Voraussetzungen

Das Kursthema lautete: „Theorie und Praxis marxistisch orientierter Bewegungen — Antworten auf die Herausforderungen der industriellen Revolution“ (gegenwartsgenetische mit perspektivisch-ideologiekritischer Untersuchung).

Die Schüler setzten sich zuerst mit den Theorien ausgewählter Frühsozialisten auseinander (Stein, Proudhon, Babeuf, Saint-Simon, Fourier; Hegels Dialektik von „Herr und Knecht“, Thesen zu Feuerbach), lernten anschließend den Historischen Materialismus kennen (das Kommunistische Manifest, ausgewählte Frühschriften) und beschäftigten sich mit der Politischen Ökonomie von Karl Marx.

Hierbei standen besonders die Mehrwerttheorie, die Akkumulations- und Zentralisations- theorie und schließlich die Verelendungstheorie im Mittelpunkt des Unterrichts.

Als Arbeitsgrundlage diente eine Textzusammenstellung des Fachlehrers. Folgende Texte wurden im Unterricht besprochen: Aus R. Thomas: Marxismus und Sowjetkommunismus. Kontinuität und Wandel. Teil I. Grundzüge des Marxismus. Stuttgart 1975, die Texte 2, 3, 4, 5, 10; S. 37 ff. und aus I. Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie. Frankfurt a. M. 1977²⁰, die Kapitel B b), S. 49 und Kapitel C a)—d), S. 53 ff.

Der für die Klausur vorgelegte Auszug aus dem „Kapital“ Bd.1 stammt ebenfalls aus I. Fetscher, a.a.O., S. 56. Er steht sowohl inhaltlich als auch sprachlich vom Schwierigkeits- grad her in etwa auf dem gleichen Niveau wie die vorher im Unterricht erarbeiteten Quellen.

b) Methodische Voraussetzungen

Ein Ziel des Geschichtsunterrichts ist es, fachspezifische Methoden und instrumentale Fertigkeiten im Umgang mit Quellen zu vermitteln.

Das an der Schule des Fachlehrers von der Fachkonferenz als verbindlich festgelegte formalisierte Verfahren zur Textinterpretation läßt sich folgendermaßen — zunächst abgehoben von der gestellten Klausuraufgabe — allgemein charakterisieren: Ausgangspunkt ist die Leitfrage, unter der die Materialien bearbeitet werden sollen. Ihr ordnen sich alle Gesichtspunkte unter.

Hinsichtlich der **äußeren Daten** (1) müssen die Schüler den Verfasser, den Adressaten, die Textart und die Entstehungszeit ermitteln und auswerten. Auf diese Weise wird der Text in den historischen Zusammenhang eingeordnet. Sicheres und strukturiertes Sachwissen

läßt sich so zeigen (auf der Inhaltsebene: Anforderungsbereich I, hinsichtlich der methodischen Fertigkeiten: Anforderungsbereich II).

Anschließend soll der **Text analysiert** werden (2). Neben der Vereinzelung der Sachaussagen geht es darum, die wesentlichen Gedanken zu erklären und einzuordnen. Diese Leistungen liegen im wesentlichen im Anforderungsbereich II.

Die Auswertung des **sprachlichen Tenors** (3) soll zeigen, inwieweit der Autor sprachliche Mittel verwendet, um seine Absicht zu unterstreichen bzw. zu verschleiern, ob das Vokabular Rückschlüsse auf den ideologischen Standort des Autors, auf den Adressatenkreis, die Textart etc. zuläßt. Dieser Arbeitsschritt entfällt bei der vorliegenden Klausur.

Im **Fazit** (4) schließlich, dem Interpretationsergebnis, beantworten die Schüler die Leitfrage bzw. lösen die gestellte Aufgabe unter Berücksichtigung aller bisherigen Untersuchungsergebnisse und zeigen mögliche Grenzen des Erkenntniswertes auf (Stufe der Problemlösung, Anforderungsbereich III).

Probleme, die der Text in inhaltlicher, logischer oder grundsätzlicher (Quellenart, zeitliche Provenienz, formale Rahmendaten) Hinsicht aufwirft, werden im letzten Schritt (5) aufgedeckt und kurz erörtert (Anforderungsbereich III). Auch dieser Arbeitsschritt wird in der vorliegenden Klausur nicht vollzogen. Die Begrenzung der Aufgaben auf die Arbeitsschritte (1), (2) und (4) erfolgt, weil die relativ kurze Dauer von GK-Klausuren in 12/I (3 Unterrichtsstunden) noch nicht ausreicht, alle Arbeitsschritte angemessen zu bearbeiten. Den Schülern fehlt noch die notwendige Übung und Sicherheit.

Grundsätzlich gilt, daß die Anwendung dieses Verfahrens auf einen unbekanntem Text eine Leistung von einer vergleichsweise hohen Selbständigkeit darstellt. Das Interpretationsverfahren stellt keine zu verabsolutierende Arbeitsvorgabe dar. Aber gerade schwächeren Schülern bietet dieses Instrumentarium eine gewisse Hilfe dabei, historische Texte gründlich und vollständig auszuwerten. Gleichzeitig ermöglicht es Leistungen in allen Anforderungsbereichen. Der Schüler kann die einzelnen Schritte flexibel handhaben und je nach Leitfrage umstellen und gewichten.

Selbstverständlich wird dieses Ziel in der Regel erst am Ende der Sekundarstufe II erreicht werden. Innerhalb der einzelnen Kurshalbjahre werden die verschiedenen Schritte des Verfahrens allmählich eingeführt und im Unterricht und in den Klausuren geübt.

Die Teilnehmer des Grundkurses 12/I haben bisher lediglich gelernt, welche Bedeutung die Teilaspekte des Interpretationsverfahrens haben und in welchem Zusammenhang sie zueinander stehen. Vom Kurshalbjahr 11/II an sind diese einzelnen Arbeitsschritte besprochen und sowohl im Unterricht als auch in den Hausaufgaben getrennt voneinander bearbeitet worden.

Eine vollständige Quelleninterpretation, bei der systematisch alle denkbaren Elemente des Verfahrens berücksichtigt wurden, haben die Schüler noch nicht erstellt. Dies wird auch in dieser Arbeit noch nicht verlangt. Vielmehr geht es darum, drei der fünf Interpretationsschritte (1, 2 und 4) zu erarbeiten. Aufgabe a) verlangt die unter Arbeitsschritt (2) dargelegten Lernleistungen, Aufgabe b) **einen** Aspekt des unter (1) Gesagten und Aufgabe c) schließlich die unter (4) angesprochenen Problemlösungen.

1.3 Klausurthema und Aufgabenstellung

Materialinterpretation mit gegliederter Aufgabenstellung (3 Unterrichtsstunden)

Textgrundlage: Auszug aus Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 790 f.; nach: I. Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie, Stuttgart 1975, S. 56.

„Diese Expropriation (von Kapitalisten durch größere Kapitalisten) vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Eigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“

Arbeitsaufträge:

Welchen Stellenwert nimmt die hier beschriebene Theorie im Rahmen der sonstigen im Unterricht behandelten Theorien von Marx ein?

- Geben Sie den Text mit eigenen Worten wieder und erklären Sie die Sachaussagen von Marx, wo es Ihnen notwendig erscheint!
- Erläutern Sie die übrigen Theorien von Marx!
- Beantworten Sie auf der Grundlage Ihrer Lösungen zu a) und b) die oben genannte Leitfrage!

1.4 Darstellung des Erwartungshorizonts

Leitfrage: Welchen Stellenwert nimmt die hier beschriebene Theorie im Rahmen der sonstigen Theorien von Marx ein?

- zu a) Textwiedergabe und Erläuterung

In dieser Aufgabe sollen die Schüler zeigen, daß sie den vorliegenden Text verstanden haben, die entsprechenden Fachtermini inhaltlich zutreffend erklären und die Argumentationsstruktur des Textes erfassen können.

Folgende Textaussagen sollen zusammenfassend herausgearbeitet werden:

Innerhalb der kapitalistischen Produktion bewirkt die Zentralisation der Kapitale — eines

der für diese Eigentumsverhältnisse typischen Gesetze — die Enteignung von Kapitalisten durch ihresgleichen.

Gleichzeitig findet dadurch natürlich eine Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Arbeit statt, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen. Nur gemeinschaftlich z. B. sind die Maschinen, ist die Technik weltweit voll auszunutzen. Darin ist echter Fortschritt zu sehen.

Nimmt also die Zahl der Kapitalisten — wie in der Zentralisationstheorie beschrieben — ständig ab, so steigen auf der anderen Seite die Zahl der Ausgebeuteten, ihr Elend, der Grad der Ausbeutung, gleichzeitig auch — und das ist neu — der Grad der Empörung. Die Proletarier sind durch die Art ihrer gemeinschaftlichen Arbeit vereint, organisiert und allmählich auch geschult.

Die Tatsache, daß gemeinsam produziert, aber nur durch ganz wenige angeeignet wird, behindert allmählich die Entwicklung der Produktionsmittel, besonders den Fortschritt der Technik. Der Antagonismus zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsmitteln wird unerträglich, es kommt zur Revolution.

Zuerst gab es das Privateigentum, das auf eigene Arbeit gegründet war, z. B. im Handwerk, in der Landwirtschaft. Daraus entstand aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise, also durch Ausbeutung von Arbeitern, die erste Negation dieses ursprünglich „guten“ Privateigentums, nämlich das kapitalistische Privateigentum.

Wie Marx beschrieben hat, entsteht im Laufe der kapitalistischen Produktionsweise naturnotwendig über die Schritte Mehrwertanhäufung, Akkumulation, Zentralisation, Proletarisierung, schließlich die zweite Negation, nämlich die diese kapitalistischen Eigentumsverhältnisse negierende Arbeiterklasse mit ihrer gemeinschaftlichen Produktionsweise. Diese Negation der Negation versucht aber nicht, das ursprüngliche Privateigentum wiederherzustellen, sondern nur das individuelle. Aus der Negation der Negation bleibt die gemeinsame Produktionsweise erhalten; daraus resultiert der gemeinsame Besitz der Produktionsmittel und der gesamten Erde.

b) Die übrigen Theorien von Marx

Im Teil b) der Arbeit geht es darum, erworbene Kenntnisse geordnet und strukturiert wiederzugeben und die Interdependenz der einzelnen Theorien aufzuzeigen. Eine „sehr gute“ Leistung sollte folgende Überlegungen enthalten:

In der Mehrwerttheorie beschreibt Marx den zentralen Begriff der kapitalistischen Produktionsweise: Der Kapitalist läßt den Proletarier länger arbeiten, als dies für den die Arbeitskraft erhaltenden Wertzuwachs, den der Arbeiter der Ware zugesetzt hat, notwendig wäre.

Die Akkumulationstheorie beschreibt die unmittelbare Folge der Mehrwertanhäufung, nämlich die Kapitalanhäufung bei den Kapitalisten. Das Kapital wird reinvestiert; bessere Maschinen produzieren schneller und qualitativ höherwertige Waren mit weniger Arbeitern. So wächst das konstante Kapital gleichzeitig bei vielen Kapitalisten, das heißt, in der Gesamtgesellschaft nimmt der Reichtum absolut zu. Da aber für die Produktion der gleichen Menge Güter weniger Arbeiter benötigt werden — natürlich steigt auch die Menge der Güter rapide an —, steigt der Teil des Kapitals, aus dem Mehrwert zu ziehen ist, langsamer. Die Profitrate fällt, also muß unbedingt noch mehr akkumuliert werden.

Gleichzeitig mit diesem Prozeß und als Folge davon, daß manche Kapitalisten nicht „mit-halten“ können, werden Kapitale zentralisiert. Bereits vorhandene Unternehmen gehen in anderen, größeren, auf. Immer mehr Kapital fließt in immer weniger Händen zusammen. Dies nennt Marx „Zentralisation“.

Alle bisherigen Gesetzmäßigkeiten haben zur Folge, daß die Proletarier noch weiter verarmen. Der Zwang zur Mehrwertschöpfung zieht den Zwang zur Ausbeutung nach sich. Die Monopolisierungstendenz unterstützt diesen Vorgang. Gleichzeitig entsteht durch Bevölkerungswachstum eine industrielle Reservearmee; so wächst die Möglichkeit, die Löhne zu senken. Das Proletariat verelendet.

c) Beantwortung der Leitfrage

In diesem Arbeitsschritt muß die Textaussage beurteilt werden. Diese hohe Leistung kann nur erreicht werden, wenn sowohl die übrigen Theorien von Marx als auch der Inhalt des vorliegenden Textes völlig verstanden wurden. Eine mögliche Beurteilung könnte folgendermaßen lauten:

Marx entwickelt in einem in sich stimmigen dialektischen Verfahren seine Revolutionstheorie.

Sie basiert auf den anderen Theorien, vor allem aber auf der Mehrwerttheorie, die ja den Unterschied zwischen kapitalistischem und auf eigener Arbeit beruhendem Privateigentum erklärt. Der Bezug zur Akkumulationstheorie ist dadurch gegeben, daß gerade diese Überlegungen zeigen, warum die Technik und damit die gemeinschaftliche Arbeit auf wachsender Stufenleiter voranschreitet. Schließlich hat auch die Zentralisationstheorie eine besondere Bedeutung für die Revolutionstheorie, denn hier wird klar, warum es immer mehr Arbeiter und immer weniger Aneigner und Ausbeuter gibt. Eine wichtige Schlüsselrolle spielt die Verelendungstheorie, denn nur wenn es den Proletariern schlecht geht, wächst ihre Empörung und damit die Revolutionsbereitschaft. Also ist der Text sozusagen der gedankliche Abschluß des Theoriegebäudes und gleichzeitig ein Ausblick auf die neue Gesellschaftsformation, die im letzten Satz beschrieben wird.

1.5 Beschreibung der konkret angewandten Leistungsbeurteilung, bezogen auf die Notenstufen

Im einzelnen sollten für die Note „ausreichend“ folgende Leistungen erbracht werden:

zu a) Textverständnis, nachweisbar durch von groben Mängeln freie Textwiedergabe und Erläuterung von mindestens acht Hauptaussagen (Zentralisation des Kapitals, Enteignung der Kapitalisten durch ihresgleichen, Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Arbeit, Nutzung der Technik nur gemeinsam und weltweit, Ansteigen der Zahl der Ausgebeuteten, Anwachsen der Empörung der Proletarier, Kapital wird Fessel der Produktionsweise, es kommt zur Revolution, das kapitalistische Privateigentum ist die Negation des individuellen Eigentums, sie erzeugt ihre eigene Negation, diese stellt das Eigentum wieder her, allerdings auf der Basis von Kooperation und Gemeinbesitz). Sie sind als gleichwertig anzusehen und sollen daher gleich bewertet werden.

zu b) Benennung und knappe, im wesentlichen richtige Erklärung der vier bekannten Theorien (Mehrwert-, Akkumulations-, Zentralisations- und Verelendungstheorie).

zu c) Kennzeichnung der vorliegenden Quelle als Ergänzung oder Weiterentwicklung der übrigen Theorien des Autors.

Für die Note „befriedigend“ sollten zusätzlich folgende Elemente nicht fehlen:

zu a) differenzierte Textwiedergabe, Erläuterung der weiteren Hauptaussagen, zutreffende Verwendung möglichst zahlreicher Fachtermini.

zu b)/c) Charakterisierung des vorliegenden Textauszugs als Zusammenfassung der bekannten Theorien und als Ausblick auf die neue Gesellschaftsformation.

Für die Erteilung der Note „gut“ sollten folgende Leistungen hinzukommen:

zu a) Erfassen und Wiedergabe aller Sachaussagen des Autors, Erläuterungen auch schwieriger Gedankengänge, vor allem im zweiten Abschnitt. So sollte verdeutlicht werden, worin „die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums“ besteht, was Marx mit „der Negation der Negation“ meint, worin er Errungenschaften der kapitalistischen Ära sieht und warum auf ihrer Grundlage das individuelle Eigentum wiederhergestellt wird.

zu b) Aufzeigen der Interdependenz der einzelnen Theorien.

zu c) differenzierte Eingliederung des vorliegenden Textes in den Rahmen der übrigen Theorien.

Die vorliegende Theorie muß als möglicher Abschluß des Theoriegebäudes von Marx und als Revolutionstheorie charakterisiert werden. Weiterhin sollte eine „sehr gute“ Leistung bei der Bearbeitung des Arbeitsauftrages c) zusätzlich durch eine besonders gut verständliche sprachliche Darstellung gekennzeichnet sein.

1.6 Notenspiegel:

1	2	3	4	5	6
/	2	5	4	1	/

1.7 Ausgewählte Arbeiten

Klausur A

In dem uns vorliegenden Text von Karl Marx, der einen Auszug aus dem „Kapital“ darstellt, sagt Marx aus, daß die Enteignung von Kapitalisten durch größere Kapitalisten, die schließlich zur Zentralisation des Kapitals in immer weniger Händen führe, ein feststehendes Gesetz sei. Die Zentralisation ist dadurch zu erklären, daß durch fortschreitende Technisierung, also Weiterentwicklung der Produktionsmittel, die Ausgaben für immer mehr und bessere Maschinen — konstante Kosten — ständig steigen, daß aber mit den Produktionsmitteln die Produkte preisgünstiger verkauft werden können. Diejenigen Kapitalisten, die nicht in der Lage sind, aufgrund der ständig wachsenden Ausgaben für immer bessere Maschinen ihre Produkte preisgünstig genug auf den Markt zu bringen, sind nicht wettbewerbsfähig und werden somit von ihren größeren Konkurrenten übernommen.

A, A. Udk

M

*LM Begriff gehört D
nicht zur Textwiedergabe*

M

M

M

A

Mit der Zentralisation des Kapitals erhalte der Kapitalismus durch die Ausnutzung der Wissenschaft für die Produktivitätserhöhung, die wachsende „Ausbeutung der Erde“, die

Γ durch

Verwandlung aller frei verfügbaren Produktivkräfte ^X in aktive, die ^x Vergrößerung des Marktes und den gemeinsamen Arbeitsablauf, der durch zunehmende Technisierung gekennzeichnet sei, internationalen Charakter. Die Entwicklung im Kapitalismus ist also in allen Teilen der Welt gleich, so daß sämtliche Kapitalisten dasselbe Ziel, nämlich die Steigerung des Profits, verfolgen. Arbeitsmittel und Produktionsmittel, also Arbeiter und Maschinen, werden nach Marx voll und ganz für die kapitalistische Produktion ausgenutzt; jede verfügbare Arbeitskraft sowie jede der Herstellung einer Ware dienliche Maschine wird eingesetzt, um den Produktionsablauf zu verbessern.

X LI entspricht nicht dem Text
 X X L ungenau (LM)

M LI

LM ... und die Produktivität zu steigern.

Mit der Verringerung der Kapitalisten, also letztendlich der Zentralisation des Kapitals auf wenige Kapitalisten, die den Nutzen des dargestellten Prozesses an sich rißen, vergrößere sich das Elend, die „Knechtschaft“, also kurz: alle negativen Konsequenzen für die stets wachsende Arbeiterklasse, die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß selbst „geschult“, „organisiert“ und „vereint“ werde. Dadurch, daß eine Steigerung des Profits gleichzeitig die Ausbeutung der Arbeiter voraussetzt, da der Kapitalist seinen Mehrwert nur aus der unbezahlten Mehrarbeit seiner Lohnabhängigen erzielen kann, und daß sich bei der Zentralisation von Kapital aufgrund der fortschreitenden Technisierung die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten untereinander verschärft, wodurch diese gehalten sind, um möglichst viel Kapital in neue Maschinen investieren zu können, den Mehrwert und damit die Ausbeutung der Arbeiter zu vergrößern, wächst das Elend der Arbeiterklasse mit der Konzentration des Kapitals. ^V Zu einem bestimmten Zeitpunkt verhindere die Zentralisation der Produktionsmittel zu einem „Kapitalmonopol“ die Produktion selbst, so daß sie schließlich mit der kapitalistischen Form unvereinbar werde und sich als Folge die Enteignung der Kapitalisten, also die Ab-schaffung des Kapitalismus ergebe. In diesen Sätzen spricht Marx den Antagonismus zwischen gemeinschaftlicher Produktion — und privater Aneignung an. Aus der Zentralisation des Kapitals resultiere, daß die wenigen übrig gebliebenen Kapitalisten nun über große Arbeiterarmeen kommandieren, da sie ja sämtliche aktiven Produktionskräfte in ihren Händen konzentrieren. Dadurch werden aber

I
 () s. Gutachten

[...]
 Bez
 |
 LI

A

A

LI
 Z Bez

Z

R

M

LI unübersichtlich

V (LM): Auch die Empörung der Arbeiter wächst.

die Situationen der einzelnen Arbeiter zunehmend ähnlicher, so daß schließlich die Revolution und damit die Enteignung der letzten Kapitalisten naturnotwendig ist. Das kapitalistische Privateigentum sei eine Negation des individuellen Privateigentums, daß durch die Arbeit des Eigentümers entstehe. Im Kapitalismus dagegen resultiere das Privateigentum des einzelnen Kapitalisten ausschließlich aus der Arbeit der Lohnabhängigen.

A ungenau

M, \sqcap

D, R

V anderer, nämlich ...

LM mißverständlich, der Gegensatz ist nicht einleuchtend

Es sei aber naturnotwendig, daß die kapitalistische Produktion ihre eigene Negation schaffe, die das individuelle Eigentum neu schaffe. Von nun an werde auf der Erde gemeinsam produziert, aber auch gemeinsam angeeignet. Die [wie Marx sagt] „kapitalistische Ära“ dient also als Grundlage dieser neuen Produktions- und Aneignungsweise. Der Kapitalismus hat also selbst die Voraussetzungen für den Gemeinbesitz und die gemeinsame Arbeit geschaffen.

[...]

LM X d. Wdh

[...]

[...]

Wir haben im Geschichtsunterricht bisher vier Theorien von Marx zur politischen Ökonomie kennengelernt. Zunächst möchte ich die Mehrwerttheorie vorstellen. Ein Arbeiter setzt einem Produkt durch seine Arbeit in einer bestimmten Zeit den Wert zu, der ausreicht, um seine Arbeitskraft zu erhalten. Der Kapitalist aber kauft den Arbeiter für eine erheblich längere Zeit, in der der Lohnabhängige entsprechend mehr Produkte durch seine Arbeit veredelt. Diesen durch die zusätzliche unbezahlte Mehrarbeit des Arbeiters geschaffenen Wert — nennt Marx Mehrwert, den sich der Kapitalist allein aneignet. Dieser Mehrwert ergibt sich also nur aus der Arbeit des Proletariats und kann durch die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalisten — längere Arbeitszeit, weniger Lohn — gesteigert werden. Die Akkumulationstheorie besagt, daß das Kapital und der Profit im kapitalistischen Produktionsprozeß ständig wachsen. Durch zunehmende Technisierung — Verbesserung der Produktionsmittel — aber steigt das konstante Kapital — Arbeitskraft —. Der Profit der Kapitalisten insgesamt steigt zwar, die Profitrate aber fällt, da die immer wachsenden konstanten Kosten bald nicht mehr von dem nur schwach wachsenden Mehrwert, das variable Kapital steigt ja schwächer, gedeckt werden können. Somit sind kleinere Kapitalisten nicht mehr in der Lage, immer bessere Produk-

Z B

↳ Absatz

LM: Erklären Sie, bitte, die Gleichsetzung!

[...]

} Z besser Parenthese

tionsmittel anzuschaffen, wodurch sie, aufgrund ihrer Un-
wirtschaftlichkeit, mit ihren größeren Konkurrenten nicht
mithalten können, da jene durch die schnellere Produktion
die Produkte billiger verkaufen können. Das führt letztend-
lich zur Zentralisation des Kapitals.

A (D) Bez

s. o.

X A. (D) X A einseitig, trifft den
Sachverhalt nur
zum Teil

Die Zentralisationstheorie besagt, daß im Kapitalismus mit
der Zeit das vorhandene Kapital in immer weniger Händen
konzentriert wird. Es findet also keine Kapitalvermehrung
statt. Der Ablauf ist in der Darstellung der Akkumulations-
theorie schon beschrieben worden. Dadurch, daß die Ar-
beitsvorgänge aufgrund der Technisierung auf immer grö-
ßeren Stufenleitern stattfinden, sind die Kapitalisten, die
die meisten und besten Produktionsmittel besitzen, da-
durch, daß sie die Produkte preisgünstiger verkaufen kön-
nen, da den Waren durch immer schnellere maschinelle
Verarbeitung weniger Wert zugesetzt wird, in der Lage, die
kleineren Kapitale in ihrer eigenen Hand zu konzentrieren.
In der Verelendungstheorie beschreibt Marx, daß mit dem
Wachstum des funktionierenden Kapitals — eingesetzte
Produktionsmittel, aktive Arbeiter — und der Bevölkerung
sich auch die industrielle Reservearmee vergrößert. Unter
der industriellen Reservearmee sind all die Menschen zu
verstehen, die ihre Arbeitskraft zwar anbieten, aber keinen
Arbeitsplatz erhalten. Wie schon vorher beschrieben, be-
deutet die Akkumulation von Kapital für die Arbeiter selbst
wachsendes Elend, da die Kapitalisten zur Erzielung eines
hohen Profits ihre Arbeiter ausbeuten [müssen]. Dadurch
werden mehr Kinder geboren, damit möglichst die ganze
Proletariatsfamilie für ihren Unterhalt sorgen kann. Diese
industrielle Reservearmee wird von den Kapitalisten als
Druckmittel für den Arbeiter mißbraucht, so daß jene [auch]
bereit sind, für weniger Lohn zu arbeiten. Zu irgend einem
Zeitpunkt jedoch werden die Verhältnisse aller Proletarier
immer ähnlicher, so daß kaum noch ein Unterschied zwi-
schen arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen be-
steht, so daß die Proletarier nichts mehr zu verlieren haben.
Die Revolution sowie der Untergang des Kapitalismus wird
dadurch eingeleitet.

LF

||
|| Bb unübersichtlich
|| A unklar
||
||
||

s. u.

A (D)

D

A

D: Bräp [. . .]

R

—

Bb

Gr

Dieser Text beschreibt den Untergang des Kapitalismus. Er
verdeutlicht, daß dieser durch die naturnotwendige Ent-
wicklung der kapitalistischen Produktion seinen Untergang

selbst heraufbeschwört und ihn unumgänglich macht. Somit bildet diese Theorie die logische Folge der anderen, bereits vorgestellten Theorien. Die Zentralisationstheorie wird in diesem Text auffallend häufig erwähnt, und auch die Verelendung des Proletariats, die ihrerseits wiederum die Akkumulation von Kapital und auch die Mehrwerttheorie voraussetzt, kann hier wiederentdeckt werden. All diese Theorien sind demnach Voraussetzung für den Untergang des Kapitalismus, der ja in diesem Text beschrieben wird. Die Zentralisation und die Akkumulation von Kapital sowie die Verelendung des Proletariats und die Mehrwerttheorie sind also die Gründe für den Untergang des Kapitalismus. Rein logisch ergibt sich schon aus der Verelendung des Proletariats, wodurch die Arbeiter endlich zur Revolution bereit werden, daß die Lebensdauer des kapitalistischen Systems nur noch äußerst beschränkt ist. Das Beinhalten der bereits vorhandenen Theorien in dieser uns vorliegenden verstärkt die Annahme, daß sie zum großen Teil eine Zusammenfassung der übrigen Theorien darstellt. Darüber hinaus gibt dieser Text [aber dann] die Weiterentwicklung und die Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise an. Der Antagonismus zwischen gemeinschaftlicher Produktion und alleiniger Aneignung begründet ebenfalls den Untergang des Kapitalismus. [wobei Marx als Resultat aber gleichzeitig den Zustand nach dem Kapitalismus beschreibt.] Diese Theorie gibt also die Hinführung auf die klassenlose Gesellschaft, die sich aus der dargestellten Entwicklung des Kapitalismus ergibt. Somit kündigt dieser Text sowohl den Untergang der alten Produktionsverhältnisse sowie die Entstehung einer neuen Gesellschaft an.

gut

A

Gr. Plural

A. s. o.

D

A

[...]

[...]

A

gut

A

Sie haben die Aufgaben — und damit das Material — insgesamt mit Verständnis bearbeitet.

In Teil a) wird allerdings nicht immer deutlich, wo Sie Marx referieren, d. h. in der Begrifflichkeit der Textvorlage vortragen, und wo Sie Aussagen des Autors erklären, z. B. bei Ihrem Vorweis auf die Mehrwerttheorie, auf die „großen Arbeiterarmeen“, auf die Homogenisierung der Arbeiter bis zur Krise, welche die Revolution (der Begriff findet sich in der Textvorlage nicht) auslöst. — Eine stärkere Hervorhebung hätte die Bemerkung von Marx verdient, daß die kapitalistische Produktion „alle Völker in das Netz des Weltmarkts“ verschlinge. — Auf den Unterschied zwischen dem kapitalistischen Privat- und dem individuellen Eigentum, das auf eigene Arbeit gegründet ist, gehen Sie ein; auf die Unterscheidung zwischen Privat- und individuellem Eigentum (im Sinn des Textes) leider nicht.

Erfreulich selbständig ist Ihre Schlussfolgerung am Ende von Teil a).

Zu Teil b): Sie referieren i. a. sachlich zutreffend. Bei der Erläuterung der Mehrwerttheorie haben Sie richtig als Basis für den Lohn des Arbeiters die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit im Interesse des Arbeitge-

bers angegeben; Sie nennen leider nicht den Maßstab, nach dem der Mehrwert ermittelt werden kann. — Bei der Darlegung der Zentralisationstheorie verwenden Sie den Begriff „Wert“ mißverständlich. Anerkennenswert selbständig gelingt Ihnen in Teil c) die Einordnung des Textauszugs in das übrige Theoriegebäude von Marx. Hier wird stärker als in den Ausführungen zu a.) Ihr Verständnis der Materialvorlage deutlich. Hervorzuheben ist auch Ihr die Zukunft mit einbeziehendes Urteil; es hätte noch durch Überlegungen über die Revolution als Weg in die klassenlose Gesellschaft erweitert werden können. —

Bemühen Sie sich mehr um die Übersichtlichkeit Ihres Satzbaus und um Genauigkeit der Begriffe! Verwenden Sie Präpositionen, die dem Sachverhalt und Ihrem Denkvorgang angemessen sind. In Ihrer Darstellung sollten Sie einen einheitlichen Modus verwenden; ein Moduswandel muß begründet sein. — Legen Sie insgesamt mehr Wert auf die richtige Sprachform!

Mit Einschränkung gut (minus)

Klausur B

Va) Die Expropriation des einzelnen Kapitalisten ist schon im eigentlichen kapitalistischen System angelegt. Diese kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, das sind a) die Ausbeutung der Arbeiter, um Mehrwert zu schaffen und b) die Akkumulation des Kapitals, (im speziellen die Verlagerung der finanziellen Ausgaben vom variablen Kapital zum konstanten Kapital, also wachsende Kosten für Maschinen) führen zur Zentralisation. Es kommt also zwangsläufig dazu, daß ein Kapitalist immer mehr Kapitalisten „enteignet“ und daher über immer größer werdende Kapitalmengen verfügt. Um aber im Konkurrenzkampf zwischen den abnehmenden, dafür aber vom Kapital zunehmenden Kapitalisten bestehen zu können, muß der Unternehmer, um rentabel produzieren zu können, wachsende Geldmengen in Maschinen stecken. Diese verstärkte Nutzung der Technik führt dazu, daß sich die Produktionsmittel immer weiter spezialisieren und nur im Zusammenschluß ein Produkt herstellen können. (Trennung einzelner Produktionsphasen)

T Einleitung fehlt

A ungenau (Logik) D

Z

A ungenau

D

D

D

A ungeeignet

A unklar

Z

W

Z, A (FF)

Absatz (Gedankensprung)

W

s. o.

LM: In dieser Verkürzung un-deutlich

so werden sie sich zusammenschließen und die Kapitalisten selbst „enteignen“. Diese Solidarisierung der Arbeiter, die zur Auflösung der Klassengegensätze führt, ist von der Bourgeoisie selbst gefördert worden, indem sie durch das Fabrikssystem immer größere Arbeitermassen zusammenführt. Die Proletarier erkennen, wie groß ihr Elend, also die Ausbeutung durch die Kapitalisten, tatsächlich ist. Durch den Zusammenschluß der Proletarier werden nun die Produktionsverhältnisse und der Überbau revolutioniert.

streichen! Die L.
D ungenau

s. o.

Die kapitalistische Produktionsweise ist die Antithese der individuellen Produktionsweise. In beiden gibt es zwar Privateigentum, aber im Kapitalismus werden diese Eigentumsverhältnisse vom Kapitalisten ausgenutzt, um die Arbeiter auszubeuten und sie dadurch um ihren produzierten Mehrwert zu betrügen. In der individuellen Arbeitsweise behält der Arbeiter (= Produzent) seinen von ihm geschaffenen Mehrwert. Durch die oben genannten Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus schafft diese Produktionsweise ihre eigene Synthese. Diese ist nämlich die durch die Revolution der Proletarier geschaffene „klassenlose Gesellschaft“. Denn durch die gemeinschaftliche Produktion und der gemeinschaftliche Besitz der Erde wird ein gesellschaftliches Zusammenleben aller ermöglicht.

Gr

Z D

A

Dräp
den

unklare Aussage

Gr

Bz

Weitere Theorien von Marx, die wir kennen:

Z / B

- (1) Mehrwerttheorie
- (2) Akkumulationstheorie
- (3) Zentralisationstheorie
- (4) Verelendung des Proletariats

A

(1) Die Mehrwerttheorie ^x besagt, daß ^V einen Unterschied gibt zwischen Rohstoffen und bearbeiteten Stoffen. Der Unterschied ist, daß in dem letzteren Produkt menschliche oder maschinelle Arbeitskraft steckt. Das Produkt ist also „mehr wert“. Dieses „mehr wert“ sein kommt also lediglich durch die in ihm steckende Arbeit des Arbeiters zustande. Der eigentliche Marxsche „Mehrwert“ ist der Unterschied zwischen dem, was der Kapitalist dem Arbeiter für seine Arbeitskraft bezahlt hat und dem tatsächlichen Wert, der von dem Arbeiter neu gebildet worden ist. Mehrwert kann man also lediglich aus dem nicht bezahlten der geleisteten Arbeit des Arbeitnehmers schaffen. Aus Maschinen ist Mehrwert

^ besser: geht davon aus V es

A

R

Wdh

A

Arbeit

Z

1. . .

R

A

nicht zu schlagen, da die Maschinen immer nach ihrem tatsächlich geleisteten bezahlt bzw. unterhalten werden müssen.

LE (A)

R, Gr

(2) Die Akkumulationstheorie: Marx sagt, daß der Kapitalist immer bestrebt ist mehr Kapital zu akkumulieren, also neu zu bilden und anzuhäufen. Er wird daher immer mehr und bessere Maschinen kaufen, obwohl diese ihm viele Kosten bereiten. Er erkennt nämlich, daß er durch diese Maschinen mehr Arbeiter beschäftigen kann und somit auch mehr Mehrwert schaffen kann, (dies ist ja sein eigentlicher Verdienst). Er verdient zwar an dem einzelnen Arbeiter weniger Geld als vorher, weil ja die Kosten für die Maschinen im Verhältnis höher gestiegen sind als die Kosten für die Arbeiter, kann aber durch die größere Anzahl der Arbeiter einen größeren Verdienst verzeichnen. Das heißt:

Z D

D

D

i. . . A

EA Z

A

Durch steigende Akkumulation fällt die Profitrate, aber nicht der gesamte Verdienst des Kapitalisten.

s. o.

LM sachl. Zusammenhang
nicht hinreichend verdeutlicht

s. o.,

(3) Die Zentralisationstheorie: Marx sagt, daß die Kosten für die Technisierung und Erhaltung der Maschinen so groß sind bzw. immer größer werden, bis es manchen Kapitalisten nicht mehr möglich ist, diese Kosten zu bezahlen. Sie modernisieren ihre Betriebe nicht mehr und können daher nicht mehr so billig produzieren wie ihre Konkurrenten, die in Maschinen investiert haben. Sie bekommen nun keine Aufträge mehr und müssen pleite gehen. Ein anderer, noch im Konkurrenzkampf stehender Kapitalist, expropriert, also kauft diesen Kapitalisten auf. Er erhält nun Produktionsmittel und Produktionsstätten und verfügt demnach auch über mehr Arbeiter. Der Kapitalist verfügt nun auch über eine größere Kapitalmenge. Im Idealfall, sagt Marx, gibt es nur noch einen Kapitalisten, dem alle Pm gehören.

Gr

A (LE)

Ba

A

Z

A+ Gr (Num)

A unpassend
ausschreiben!

Gleichzeitig kann man nun die Verelendung des Proletariats erklären (4). Durch die Zentralisation gibt es immer weniger Kapitalisten und somit immer mehr Proletariat. Außerdem steigt die Zahl der Arbeiter immer mehr, da die Proletarier (Armut) mehr Nachwuchs haben als die Kapitalisten (Reichtum). Der Konkurrenzkampf unter den Arbeitern wächst. Daraus folgt, daß der Kapitalist eine Möglichkeit erhält, die Arbeiter zu erpressen und ihnen immer weniger Lohn zu zahlen. Dies kann er so lange, bis das Existenzmi-

A (LE)

Infolge

nimum der Proletarier erreicht ist. Die Arbeiter müssen immer mehr arbeiten, um im Verhältnis weniger zu verdienen. Paradox, aber durch die obrige Aussage erklärbar.

A ungenau
B R
B R

Meiner Meinung nach hat der Text von Karl Marx einen sehr hohen Stellenwert. Hier werden nicht nur Zusammenhänge von Mehrwerttheorie, Akkumulationstheorie und Verelendung des Proletariats zusammenhängend dargestellt, sondern auch das Endziel bzw. die Lösung der schlechten Situation für die Arbeiter gezeigt, nämlich die Revolution. Die einzige Lösung ist die klassenlose Gesellschaft. Die Zusammenhänge der uns bekannten Theorien werden deutlich. Dieser Originaltext von Marx zeigt eindeutig die zukunftsweisende Darstellung für die gesamte Menschheit der Welt. Hier, an diesen Aussagepunkten muß man ansetzen um zu beweisen, daß das sowjetische System nicht den Ansichten Marxens entspricht. Der gesamte Sozialisierungsprozeß läuft bei Marx automatisch und unabänderlich ab.

A Wdh
V es wird
A Stellung der Satzteile
A unklar formuliert
A + R
unpassend
A, Z
mangelnder Bezug zur Aufgabenstellung
A (FE)

Die Hinführung zur Problematik der Leitfrage, die man von einer Einleitung erwartet, fehlt.

Bei der Wiedergabe des Textes wird deutlich, daß Sie wesentliche Aussagen des ersten Textabschnittes richtig erfaßt haben, während die Angaben zum zweiten Textabschnitt sehr unvollständig und verkürzend sind. Die Verknüpfungen der einzelnen Aussagen sind wiederholt nicht ausreichend oder mißverständlich.

Die geforderten Erklärungen sind insgesamt knapp, z. T. nur im Ansatz gegeben:

Es gelingt Ihnen nicht, den dialektischen Prozeß, den Marx beschreibt, dem Leser hinreichend zu erläutern. Bei den Ausführungen zur Mehrwerttheorie ist nicht eindeutig zu entscheiden, ob die mißverständlichen Formulierungen auf sprachliche Schwierigkeiten oder sachliche Unkenntnis zurückzuführen sind. Die Darstellung der übrigen Theorien von Karl Marx ist sehr knapp, die Erläuterungen dazu weisen einige sachliche Mängel und gedankliche Brüche auf.

Die Beantwortung der Leitfrage schließlich beschränkt sich auf zwei Hauptaussagen. Die Funktion des Textes als quasi gedanklicher Abschluß des Marxschen Theoriegebäudes und als Ausblick auf die neue Gesellschaftsformation sowie insbesondere der dialektische Charakter des beschriebenen Prozesses werden nicht hinreichend verdeutlicht.

Zahl und Art der sprachlichen Verstöße sowie die Form der Arbeit beeinträchtigen die Lesbarkeit und das Verständnis Ihrer Darstellung.

Insgesamt noch ausreichend

Klausur C

Thema: Welchen Stellenwert nimmt die hier beschriebene Theorie im Rahmen der sonstigen Theorien von Marx ein?

a) Die Enteignung, so beginnt Marx, der kleineren Kapitalisten durch größere, entsteht durch eine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die gleichgesetzt wird mit der Zentralisation, also der Konzentration bereits gebildeter Kapitale, die ja fast eine gesetzmäßige Folge der Akkumulation ist, denn erst die Vermehrung von Kapital ermöglicht billigere oder bessere Produktion von Waren, wobei die kleineren Kapitalisten mit den größeren nicht mithalten können und schließlich aufgekauft werden. Die Zentralisation, so fährt der Text fort, des Kapitals in immer weniger Händen ist verbunden mit der Vernichtung kleinerer Kapitalisten durch größere. Mit diesem Prozeß trafen sich Entwicklungen parallel, die wiederum von einander abhängig sind. So kommt es im wesentlichen zum gemeinschaftlichen Arbeitsprozeß, da ja durch die Zentralisation eine Massenbeschäftigung folgt, und immer mehr Arbeiter an einer Stelle arbeiten. Die Stufe der Produktion wächst, wie gesehen qualitativ und quantitativ, die Technisierung schreitet fort, denn der Kapitalist strebt wachsenden Profit an (und die Maschinen produzieren nun mal billiger), und damit wächst die Ausbeutung des Arbeiters auf der gesamten Erde. Eine andere Entwicklung ist die Ökonomisierung der Produktionsmittel, d. h. die Maschinen benötigen immer mehr Menschen und es entsteht eine kombinierte, gemeinschaftliche Arbeit.

All diese Parallelitäten laufen darauf hinaus, daß schließlich alle Völker am Weltmarkt beteiligt sind und sich der Kapitalismus auf der gesamten Welt ausbreitet.

Zusammenfassend kann man hier schon Kritik üben, ohne tendenziell zu werden: Die Geschichte zeigte uns eine andere Entwicklung, als sie hier beschrieben ist.

Der Text spricht im folgenden von immer weniger werden den Kapitalisten, die diese beschriebenen Entwicklungen zu ihrem Vorteil ausnutzen. Sie werden wahrscheinlich den Arbeiter immer mehr ausbeuten, um immer mehr Profit bzw. Mehrwert zu ziehen. So steigt eben das Elend des Pro-

Einleitung (Einführung zum Problem der Leitfrage) fehlt

LB

Z A

PF

LB unübersichtlich

LB

A I

R

D

A : LM: erheblich verkürzte
Z : Begründung

A

Z

Zitate kennzeichnen!

LM (erheblich verkürzte Erläuterung)

Z

A

LM (trifft den Text nicht genau genug)

A (log.)

I

A

PF:

vgl. Text

A Gr (Plural): 1-1

gehört nicht zur Textwiedergabe und Erläuterung (vgl. Punkt 5 des Interpretationsverfahrens). Im übrigen belegen Sie Ihre Behauptung nicht.

letariats, die Arbeitsqual, die Unterdrückung und die Ausbeutung. Aber mit diesem Prozeß entsteht ein weiterer, im Endeffekt positiver. Denn es wächst die Empörung der Arbeiter und ihre Vereinigung. Hier spiegelt sich das Paradoxon im kapitalistischen System wieder: Die Technisierung bedeutet zunächst die Konkurrenz unter den Kapitalisten, Sie steht im Widerspruch die Massenbeschäftigung, weil sie die Konkurrenz der Arbeiter fördern soll, in Wirklichkeit aber die Versammlungsmöglichkeit und Solidarisierung der Arbeiter zur Folge hat. Mit der Empörung und Vereinigung der Arbeiter, was auch ein Naturgesetz der kapitalistischen Produktion ist, wird das Kapitalmonopol zur Hemmung bzw. Fessel der Produktionsweise. Der Grund ist die Zentralisation der Produktionsmittel und die Massenarbeit, die das Leben der Arbeiter immer unerträglicher machen und es unweigerlich zur Auflehnung und damit zur Sprengung des Kapitalismus und der mit ihm verbundenen Lebensverhältnisse kommt.

LM (ohne Kennzeichnung der Perspektive) | A

A R

LI

Vau | unklare Gedankenführung

Bz; A

A

Gr

Z

LL

Es kommt zur Revolution, nichts anderes ist gemeint, wenn Marx von der „Stunde des kapitalistischen Eigentums“ spricht, die jetzt schlägt.

Wdh

Das Messer dreht sich sozusagen um und die Enteigner werden vom Proletariat enteignet.

A, Z

Im nächsten Abschnitt wird das kapitalistische Privateigentum mit der ersten Negation des individuellen Privateigentums gleichgesetzt. Kapitalistisches und individuelles Privateigentum unterscheiden sich nämlich durch ihre Herstellungsart: das kapitalistische Privateigentum geht aus der kapitalistischen Aneignungsweise hervor, also durch Ausbeutung und das individuelle Privateigentum geht aus der eigenen Arbeit hervor. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt aber nicht nur diese Negation, sondern auch die Negation der Negation. Diese tritt nach der Revolution ein, innerhalb der klassenlosen Gesellschaft, wo ein individuelles Eigentum hergestellt wird auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, somit Gemeinbesitz der Erde Zusammenarbeit der Menschen und die Produktionsmittel gemeint sind. So wird deutlich, daß in der Tat die Lösungen der Aufgabe der Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft innerhalb der besitzenden Gesellschaftsfor-

A

A (Die kapit. Produktionsweise ist die erste Negation des individuellen Eigentums)

Z Der Text ist in diesem

wesentlichen Punkte mißverständlich formuliert

LI gen des Autors werden

ohne deutliches Verständnis

Z miteinander verknüpft.

(-)

A

mation vorgegeben sind und Errungenschaften dieser in die neue mit einfließen.

b) Um die vorliegende Theorie in die sonstigen Theorien Marxens einordnen zu können, muß man diese inhaltlich darstellen:

Marx beginnt mit der Mehrwerttheorie. Sie besagt, daß der Kapitalist die Arbeitskraft des Arbeiters erkaufte, also zeitweiliger Eigentümer dieser Kraft ist. Der Arbeiter wird jetzt aufgrund seiner Abhängigkeit ausgebeutet, indem er nicht den Lohn bekommt, der ihm zusteht — gemessen am Arbeitsquantum — sondern nur soviel, um seine Arbeitskraft reproduzieren zu können, (d. h. essen, trinken, schlafen etc.). Somit entsteht ein Mehrwert, denn der Kapitalist steckt sich das Geld, das übrigbleibt, in die eigene Tasche.

An diese Mehrwerttheorie schließt sich die Akkumulationstheorie an. Der Mehrwert ermöglicht nämlich erst eine Vermehrung von Kapital, dadurch, daß mit ihm Maschinen gekauft werden, dann die Produktivität steigt und mehr Produkte bzw. Konsumgüter verkauft werden. Mehr Maschinen benötigen auch mehr Arbeiter. Womit wiederum der Mehrwert steigt. Jeder Kapitalist will möglichst schnell viel produzieren, so daß er mehr und mehr in die Maschinerie, also in das konstante Kapital investiert. Er macht trotzdem Gewinne, die jedoch in Relation zu früherer Zeit sinken. Somit ist ein absoluter Profit da, aber gleichermaßen eine fallende Profitrate. Jetzt setzt die Zentralisation ein: kleinere Kapitalisten haben nicht so viel Kapital, somit weniger Maschinen und nicht die Möglichkeit, ihre Waren billig und gut zu verkaufen. Sie gehen im Konkurrenzkampf unter und werden von den Großkapitalisten „verschluckt“, die so auch neue Absatzmärkte finden.

Gleichzeitig werden immer mehr Arbeiter an einer Stelle beschäftigt, so daß es erneut zur Steigerung vom Mehrwert kommt. Ihre natürliche Grenze findet die Zentralisation dann, wenn alles Kapital in einer Hand zusammengefaßt ist.

Mit den wachsenden Arbeitermengen, der Unterdrückung und Arbeitsqual steigt die Überbevölkerung, da man in der Freizeit keine andere Betätigung mehr hat, als Kinder zu

besser: von Marx

A (D)

[—]

LM (zu unpräzise)

Sie geben die Mehrwerttheorie verkürzt wieder.

Es fehlt etwa ein Hinweis

A) darauf, daß es besonders

D) um den Wortzuwachs geht,

den der Arbeiter einem

Produkt zusetzt.

Z

A

LI

A

A (widersprüchlich: Sie meinen möglicherweise „qualitativ hochwertig“)

A: dieser Zusammenhang müßte erläutert werden

A s. o.

Gr

A | D (unklarer Zusammen-

A | hang)

LI

zeugen. Somit wächst auch die Reservearmee, also die Gruppe der Arbeitslosen.

Andere Gründe sind auch Konkurse von Firmen oder allgemeine Krisen. Durch diese Krisen im wirtschaftlichen Sektor schwanken die Löhne, die Maschinen drücken die Löhne herunter und die Lebensstellungen der Arbeiter passen sich immer mehr an. Daher solidarisieren sie sich und es kommt zur sozialen Revolution — unabänderbar (Verelendung des Proletariats).

c) Die Theorie, die uns vorliegt, setzt bei der Zentralisation ein und beschreibt die folgenden Prozesse. Sie ist aber keine direkte Folge der anderen Theorien, eher Ergänzung und Erläuterung. Sie beschreibt eben die Zentralisation und die Verelendung des Proletariats und die künftige Produktionsweise. Dieses Letzte ist ein neuer Gesichtspunkt, aber das vorherige ist durchaus trennbar von den übrigen Theorien, weil es dort eben schon enthalten ist.

unzureichende Erklärung für das Entstehen der industriellen Reservearmee
(Besser: der verstärkte Einsatz von Maschinen drückt die Löhne)
falsche Zuordnung des Begriffs

ungenauer Bezug
A (unklare Kennzeichnung)
LF
(—)
A
R+A (Bz)
D (log. Zusammenhang unklar)

Die Bearbeitung der Aufgaben zeigt in allen Teilen erhebliche Mängel.

a) Bei der Wiedergabe des Textes wird eine noch hinreichende Anzahl von wesentlichen Aussagen des ersten Textabschnitts richtig identifiziert. Die mehrfach recht textnahen Formulierungen, die wiederholt unzureichende Verknüpfung einzelner Aussagen und vor allem die zu stark verkürzten Erläuterungen deuten allerdings darauf hin, daß Ihr Textverständnis nicht durchweg sicher genug ist. Sie erkennen wohl, daß Marx einen dialektischen Prozeß beschreibt, sind jedoch nicht in der Lage, ihn hinreichend zu erläutern.

Völlig mißverstanden sind die Kernaussagen des zweiten Textabschnitts.

b) Bei der Erläuterung der übrigen Theorien gelangen Sie zu noch annehmbaren Ansätzen. Diesen stehen jedoch eklatante Mißverständnisse (akkumulationstheorie, Verelendungstheorie) und unhaltbare Verkürzungen (Mehrwerttheorie, Zentralisationstheorie) gegenüber.

c) Die Bearbeitung der Aufgabe als abschließende Beantwortung der Leitfrage entspricht in ihrer inhaltlichen Dürftigkeit nicht den Anforderungen. Die Hinweise auf „Ergänzung“ der anderen Theorien und auf das Vorhandensein eines „neuen Gesichtspunktes“ können die Tatsache nicht verdecken, daß Ihnen auf Grund eines nicht sicheren Textverständnisses und nur sehr ungenauer Kenntnisse eine zutreffende Kennzeichnung der im Text beschriebenen Theorie nicht gelingt.

Die Zahl von Ausdrucksmängeln, auch im fachsprachlichen Bereich, ist beträchtlich.

Die erbrachte Leistung ist

mangelhaft

2. Korrektur und Bewertung einer Klausur im Leistungskurs Geschichte in der Jahrgangsstufe 13/I

2.1 Kurze Beschreibung der Lerngruppe

Der Leistungskurs Geschichte wird vom Fachlehrer seit dem Kurshalbjahr 11/II unterrichtet. Von den 20 Schülern (vierzehn Mädchen, sechs Jungen) haben fünfzehn schon am Unterricht des Kurshalbjahres 11/II teilgenommen, fünf sind zu Beginn des Jahrgangs 12 dazugestoßen.

Die Zusammensetzung der Lerngruppe ist — unter Berücksichtigung der Schullaufbahn auf der Sekundarstufe I — recht heterogen. Zwölf Mädchen haben die Sekundarstufe I des Gymnasiums besucht, an dem sie auch die Oberstufe durchlaufen, zwei Jungen kommen von einem anderen Gymnasium, zwei haben bis zum Beginn der gymnasialen Oberstufe die Hauptschule, je zwei Mädchen und Jungen die Realschule besucht.

Während fast der gesamte Kurs in den vergangenen Halbjahren ein reges Interesse an den Themen und eine gleichmäßig gute Arbeitshaltung zeigte (Intensität der häuslichen Vor- und Nachbereitung, Bereitschaft zur Mitarbeit im Unterricht, zur Übernahme von freiwilligen Einzel- oder Partneraufgaben), war in den schriftlich erbrachten Lernerfolgskontrollen vieler Schüler ein deutlicher Leistungsabfall festzustellen. Zwar belegten die Arbeiten, daß fast alle Schüler über ein mindestens ausreichendes Faktenwissen verfügten und daß sie persönlichen Stellungnahmen nicht auswichen, aber andererseits zeigten die Klausuren in der Regel die Tendenz ihrer Verfasser, den Schwerpunkt auf die Reproduktion gelerntem Wissens und schon im Unterricht erarbeiteter Einsichten zu legen.

2.2 Darstellung der Unterrichtsvoraussetzungen für die Klausur

a) Inhaltliche Voraussetzungen

Im Anschluß an das im Kurshalbjahr 12/II bearbeitete Thema „Industrielle Revolution und Soziale Frage. Voraussetzungen, Bedingungen und Entwicklung der Industrialisierung in England und Deutschland und ihre ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Auswirkungen“ (gegenwartsgenetische Untersuchung; vgl. Richtlinien Geschichte, S. 77 f.) stand das Kurshalbjahr 13/I unter dem Thema „Rußland und Deutschland im Zeitalter des Imperialismus — zwei Mächte im Spannungsfeld von außenpolitischem Großmachtstreben, wirtschaftlichem Wachstum und politisch-sozialer Rückständigkeit“. Dieser mit diachronen Elementen versehene, insgesamt als synchrone Untersuchung angelegte Kurs erarbeitete politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen der beiden Großmächte; ein Vergleich der Februar- und der Oktoberrevolution 1917 mit der Novemberrevolution 1918 schloß den Unterricht ab, wobei signifikante Strukturen, Prozesse oder Ereignisse der russischen und deutschen Geschichte in der Epoche des Hochimperialismus in die Beurteilung einbezogen wurden.

Der erste Unterrichtsabschnitt dieses Kurses, der in seiner Gesamtheit die Gegenstandsbereiche C (Revolutionen und Emanzipationsbewegungen im 18., 19. und 20. Jahrhundert), D (Die industrielle Revolution) und E (Imperialismus) abdeckte, knüpfte kurz an die Ergebnisse des vorjährigen Kursthemas an, die bei der Behandlung des letzten Gegenstands „Erscheinungsformen und Erklärungsansätze des Imperialismus“ erarbeitet worden waren, und gewann von dort die problematisierende Akzentuierung des für die Jahrgangsstufe 13/I gewählten Kursthemas.

Die sich daran anschließende Erarbeitungsphase behandelte folgende Gegenstände: Rußlands innen- und außenpolitische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

zwischen dem Ende des Krimkrieges und 1905 (z. B. Bauernbefreiung und Situation der Agrarwirtschaft; Industrialisierung; Rolle von Adel, Bürgertum, Bauerntum, Arbeiterschaft, Intelligentsia; die bedeutendsten politisch-sozialen Theorien; Außenpolitik); die Revolution von 1905 und die Phase des Scheinkonstitutionalismus; Rußland im 1. Weltkrieg; Februarrevolution; „Doppelherrschaft“ und Notstandsdemokratie; Oktoberrevolution; Bürgerkrieg, Intervention und Machtstabilisierung der Bolschewiki.

Die einzelnen Gegenstände standen jeweils unter problematisierenden Akzentuierungen, die, von den Schülern zu Beginn des Unterrichtsabschnitts formuliert, an seinem Ende wieder aufgegriffen wurden (z. B. die Möglichkeiten und Grenzen von Reformen in einem autokratischen System — Das russische „Ancien régime“ zwischen Erhaltung des Status quo und Anpassung an die Moderne).

Der Gegenstand „Rußland in der Phase der ‚Doppelherrschaft‘ und Notstandsdemokratie“, in dessen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Hintergrund die in der Klausur vorgelegten Texte einzuordnen waren, stand unter der Leitfrage nach den Zwängen und Erfolgchancen des demokratischen Experiments in Rußland zwischen Februar und Oktober 1917. Nach einer Strukturierungs- und Problematisierungsphase, in der die Lerngruppe mit einem Datengerüst bedeutender politischer Ereignisse des Jahres 1917 und mit unterschiedlichen politischen und fachhistorischen Beurteilungen der Oktoberrevolution konfrontiert worden war, wurden bis zur Klausur folgende Quellen im Unterricht interpretiert: a) Einstellung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets zur Frage der Beteiligung an der Provisorischen Regierung (M. Grohmann/H. Hausmann/G. Rappmann, *Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion*, Hannover 1979, S. 12 f.), b) Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets vom 1./14. 3. 1917 (W. Ripper, *Weltgeschichte im Aufriß*, Bd. III/1, Frankfurt 1976, S. 104 f.), c) Deklaration der Provisorischen Regierung vom 3./16. 3. 1917 (ebd., S. 105 f.), d) Appell des Petrograder Sowjets an die Völker der ganzen Welt vom 14./27. 3. 1917 (ebd., S. 106 f.), e) Lenins Aprilthesen (ebd., S. 116 ff.), f) Auszug aus der Note des Außenministers Miljukow vom 18. 4./1. 5. 1917 (O. Anweiler, *Die russische Revolution 1905—1921*, Stuttgart³1966, S. 26 f.). Auszüge aus Darstellungen (z. B. zur Februarrevolution, zur „Doppelherrschaft“, zur Haltung der Soldaten, Arbeiter und Bauern) wurden dem in der Schule des Fachlehrers verwandten Unterrichtswerk „Weltgeschichte im Aufriß, Bd. III/1“ und einzelnen Kapiteln aus D. Geyer, *Die russische Revolution*, Göttingen³1980, S. 21—66, entnommen.

Die Texte der Klausur (Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung über ihr Programm vom 5./19. 5. 1917; Resolution über die Regierung, vorgeschlagen von den Sozialrevolutionären und Menschewiki und am 21. 6./4. 7. 1917 vom 1. Allrussischen Kongreß der Sowjets angenommen) stammen aus der schon angeführten Materialsammlung „Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion“ (S. 15 f.).

b) Methodische Voraussetzungen

In den von den Jahrgangsstufen 11/II bis 12/II geschriebenen Klausuren handelte es sich um Material- (i. d. R. Text-)interpretationen mit gegliederter Aufgabenstellung, die sich an den Schritten Analyse, Sachurteil und Wertung orientieren (vgl. Richtlinien Geschichte, S. 57 ff.):

(1) In einem ersten Arbeitsschritt, der Quellenbeschreibung, hatten die Schüler eine eigenständig formulierte, wo nötig kommentierte, nach inhaltlichen Schwerpunkten gewichtete Wiedergabe der Hauptaussagen des Textes und seiner Argumentationsstruktur vorzunehmen. Außerdem waren Quellenart, Autor, Entstehungszeit und Adressat(en) zu erschließen. In diesem Arbeitsschritt erbrachten die Schüler inhalts- und methodenbezogene Leistungen der Anforderungsbereiche I und II.

(2) Die Einordnung der Textaussagen in den historischen Hintergrund (2. Arbeitsauftrag) verlangte von den Schülern bei der Darstellung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, nicht nur gelerntes Wissen und schon im Unterricht erarbeitete Einsichten zu referieren, sondern die in der Quelle enthaltenen Aussagen als Anknüpfungspunkte zu nutzen, indem Bezüge zu der in der Aufgabenstellung enthaltenen Leitfrage herzustellen waren (Leistungen der Anforderungsbereiche I und II).

Mit der Auswertung der Textgestalt (Deutung der Schlüsselwörter, Einbeziehung des Kontexts, Herausarbeitung der Interessen des Autors, der Perspektivität seiner Aussagen, seiner politischen, ggf. ideologischen, Position) und mit der Untersuchung, in welchem Verhältnis die Aussagen des Textes über bestimmte Sachverhalte zu denen anderer Materialien über denselben Sachverhalt stehen, sollte das Urteil über den zu untersuchenden Sachverhalt auf eine möglichst breite Basis gestellt werden (inhaltsbezogene Leistungen der Anforderungsbereiche II und III; methodenbezogene Leistungen des Anforderungsbereichs II).

(3) Die persönliche Wertung der im Text vorgebrachten Thesen, Ziele, Positionen, der vom Autor vertretenen Normen, die problematisierende Reflexion zentraler Begriffe, die Überprüfung von Alternativen auf ihre Realisierbarkeit (inhaltsbezogene Leistungen des Anforderungsbereichs III) war in den Klausuren seit dem Jahrgang 12 gefordert worden.

Die Schüler waren seitdem in der mündlichen Unterrichtsarbeit, in der häuslichen Vorbereitung und — seit dem Halbjahr 12/II — bei der Anfertigung von Referaten daran gewöhnt, Arbeitsaufträge ohne gegliederte Aufgabenstellung zu erledigen. Die in der Beschreibung der Lerngruppe dargelegten Schwächen eines Teils der Kursgruppe und die deutliche Vorliebe für vorstrukturierte Aufgabenstellungen ließen den Fachlehrer erst in der fünf Unterrichtsstunden umfassenden zweiten Klausur des Kurshalbjahres 13/I den Aufgabentyp „Materialinterpretation ohne gegliederte Aufgabenstellung“ wählen.

Die Schüler hatten zunächst die bekannten Arbeitsschritte zu vollziehen, zusätzlich aber, in Anlehnung an Thematik und Ergebnisse der Sequenz, leitende Fragen herauszustellen, unter denen sie das gebotene Material selbständig auswerten mußten.

Eine Begründung des gewählten Lösungsweges und weitere Leistungen des die methodenbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten umfassenden Anforderungsbereichs III sollten erst in den folgenden schriftlichen Hausaufgaben und in der Klausur in der Jahrgangsstufe 13/II als eine Voraussetzung für „gute“ und „sehr gute“ Benotungen gefordert werden.

Die Interpretation mehrerer Texte, die zu demselben Sachverhalt Stellung bezogen, war im Unterricht geübt worden, zuletzt am Beispiel des „Befehls Nr. 1 des Petrograder Sowjets“ vom 1./14. 3. 1917 und der „Deklaration der Provisorischen Regierung“ vom 3./16. 3. 1917. Der inhaltliche und sprachliche Schwierigkeitsgrad der in der Klausur zu bearbeitenden Quellen unterschied sich nicht von dem der bis dahin interpretierten Materialien. Ihr Umfang war größer als bisher üblich; er überforderte die Schüler aber schon deshalb nicht, weil der zweite Text zahlreiche inhaltliche und sprachliche Parallelen zum ersten aufweist.

2.3 Klausurthema und Aufgabenstellung

Materialinterpretation ohne gegliederte Aufgabenstellung (5 Unterrichtsstunden)

1. Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung über ihr Programm (5./19. Mai 1917)

1) In der Außenpolitik lehnt die Provisorische Regierung in Übereinstimmung mit allen Völkern jeden Gedanken eines Separatfriedens ab; sie strebt in aller Offenheit nach möglichst schneller Herstellung eines allgemeinen Friedens, der weder die Herrschaft über andere Völker noch die Wegnahme nationalen Erbes, noch die gewaltsame Annexion fremden Territoriums herbeiführen soll, d. h. nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. [. . .]

2) Die Festigung der Anfänge der Demokratisierung der Armee, die Organisierung und Verstärkung ihrer Kampfkraft sowohl im Hinblick auf die Verteidigung, als auch auf den Angriff wird eine der wichtigsten Aufgaben der Provisorischen Regierung sein.

3) Die Provisorische Regierung wird unablässig und entschieden gegen die wirtschaftliche Destruktion des Landes dadurch ankämpfen, daß sie die planmäßige staatliche und gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion, den Transport, den Austausch und die Verteilung der Güter verstärkt und im Notfall die Organisierung der Produktion in die Hand nimmt.

4) Die Maßnahmen zum Schutze der Arbeit werden im ganzen Lande energisch weitergetrieben.

5) Indem die Provisorische Regierung der Verfassungsgebenden Versammlung die Entscheidung der Frage des Überganges von Land in die Hände der Werktätigen vorbehält und lediglich vorbereitende Arbeiten dafür trifft, wird sie alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um die für das Land notwendige Produktion von Brotgetreide zu erhöhen und die Ausnützung des Bodens im Interesse der Volkswirtschaft und der werktätigen Bevölkerung zu regeln.

6) In dem Bemühen, das Finanzsystem auf demokratische Grundlagen zu stellen, wird die Provisorische Regierung der direkten Besteuerung der besitzenden Klassen besondere Aufmerksamkeit widmen (Erbschaftssteuer, Besteuerung von Kriegsgewinnen, Grundbesitzsteuer usw.).

7) Die Arbeiten zur Errichtung und Festigung der Organe demokratischer Selbstverwaltung werden mit aller nur möglichen Konsequenz und Schnelligkeit durchgeführt werden.

8) In gleicher Weise wird die Provisorische Regierung alle Anstrengungen machen, um die Verfassungsgebende Versammlung sobald als möglich nach Petrograd einzuberufen. [. . .]

2. Resolution über die Regierung, vorgeschlagen von den Sozialrevolutionären und Menschewiki und am 21. Juni/4. Juli vom Kongreß der Sowjets angenommen

[. . .] Nach Anhören der Erklärungen der Genossen Minister zur allgemeinen Politik der Provisorischen Regierung spricht ihnen der Allrussische Kongreß sein volles Vertrauen aus und stellt fest, daß die Richtung dieser Politik mit den Interessen der Revolution übereinstimmt. Der Kongreß ersucht die Provisorische Regierung dringend, die von ihm angenommene Plattform noch energischer und konsequenter durchzuführen sowie besonders:

a) Beharrlich für den raschesten Abschluß eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker zu kämpfen.

b) Die weitere Demokratisierung der Armee durchzuführen und ihre Kampfkraft zu stärken.

c) Unter direkter Teilnahme der arbeitenden Massen die energischsten Maßnahmen zur Bekämpfung des Zusammenbruchs auf den Gebieten des Finanzwesens, der Wirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung zu ergreifen.

- d) Systematisch und konsequent den Kampf mit der Konterrevolution aufzunehmen.
- e) Schnellstens in der Arbeits- und Bodenfrage solche Maßnahmen durchzuführen, die mit den Forderungen der organisierten Arbeitermassen übereinstimmen und die von den Lebensinteressen der vom Krieg unterhöhlten nationalen Wirtschaft diktiert sind.
- f) Organisatorisch zur Stärkung der revolutionären Demokratie dadurch beizutragen, daß das System der Lokalverwaltung auf demokratischer Grundlage rasch und radikal reorganisiert wird und unverzüglich ländliche und städtische Selbstverwaltungen dort eingeführt werden, wo sie noch nicht bestehen.
- g) Der Kongreß fordert besonders die baldigste Einberufung der Allrussischen Konstituante. [. . .]

aus: M. Grohmann/H. Haumann/G. Rappmann, *Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion*, Hannover 1979, S.15 f. (zit. nach: M. Hellmann [Hrsg.], *Die russische Revolution 1917*, München 1977, S. 210 f., 259 f.)

Arbeitsauftrag: Interpretieren Sie die vorliegenden Texte!

2.4 Darstellung des Erwartungshorizonts des Lehrers für diese Klausur

Die Schüler sollen im Arbeitsschritt der Textanalyse nachweisen, daß sie den Inhalt der vorliegenden Texte verstanden haben und daß sie in der Lage sind, die (äußeren) Daten der Quellen und ihre inhaltlichen Schwerpunkte geordnet und (wo erforderlich) erläutert wiederzugeben. Dabei soll es ihnen überlassen bleiben, ob sie zunächst jede Textaussage gesondert referieren und in den zeitgenössischen Hintergrund einordnen oder ob sie mit einer integrierten Wiedergabe beider Texte beginnen.

Im einzelnen sollte eine mit „sehr gut“ benotete Arbeit beide Quellen als offizielle programmatische Verlautbarungen kennzeichnen, die von den (abgesehen vom Petrograder Sowjet) wichtigsten politischen Institutionen während der zweiten Phase der sog. Doppelherrschaft, der Provisorischen Regierung und dem 1. Allrussischen Sowjetkongreß, stammen und an die russische Öffentlichkeit wie an die Verbündeten im Weltkrieg gerichtet sind. Mit der Nennung des Erscheinungsdatums der „Deklaration“ sollte der Beginn dieser Phase (nach außen gekennzeichnet durch den Eintritt sozialrevolutionärer und menschewistischer Politiker in die Provisorische Regierung; Kerenski war schon Mitglied des Kabinetts Lwow) markiert werden. Ein näheres Eingehen auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung der „Resolution“ erscheint an dieser Stelle der Arbeit verzichtbar; in die Beurteilung der Politik der Sowjets sollte jedoch die Tatsache einbezogen werden, daß der Kongreß sechs Wochen später inhaltsgleiche Forderungen aufstellt. Die geplanten Organisations- und Stabilisierungsmaßnahmen zur Beseitigung drängender Probleme der Außen- und Innenpolitik, des Militär-, Wirtschafts- und Finanzwesens sind zu nennen. Dabei soll herausgestellt werden, daß der Sowjetkongreß in allen grundsätzlichen Fragen mit der Politik der Provisorischen Regierung übereinstimmt; weiterhin soll angegeben werden, in welchen Bereichen er unterschiedliche Akzente setzt.

In der Einordnung der Textaussagen in den historisch-politischen Hintergrund sollen, z. B. anknüpfend an die in den Quellen eingehaltene Gliederung der Sachbereiche oder an die Tatsache der Kabinettsumbildung vom 5./19. Mai, die Zwänge aufgezeigt werden, unter denen die Provisorische Regierung und die Sowjets (v. a. vertreten durch den Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat) seit dem Sturz des autokratischen Regimes stehen (militärische Lage; wirtschaftliche Situation auf dem Lande und in der Industrie; Versorgung der Bevölkerung; innenpolitisch labile Situation, zugespitzt in der „Aprilkrise“). Die politischen

Grundpositionen der Sowjets und der Regierung sollten — durch Rückgriff auf die im Unterricht behandelten Materialien — beschrieben und zu einer Charakterisierung der ersten Phase der „Doppelherrschaft“ (Nebeneinander der Institutionen bzw. Kontrolle der Regierung durch die Sowjets) weitergeführt werden, die — nach dem fortschreitenden Verfall der ohnehin schwachen Autorität der Regierung — mit der Kabinettsumbildung vom 5./19. Mai abgeschlossen wurde. Ein Hinweis auf die neue Qualität der Doppelherrschaft (direktere Kontrolle der Regierung durch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, aber auch stärkere Bindung der Vertreter der „revolutionären“ an die der „bürgerlichen“ Demokratie und Übernahme der Verantwortung für die Regierungstätigkeit) sollte in die Beschreibung der zweiten Phase ebenso einbezogen werden wie ein kurzer Verweis auf den Ablauf des 1. Allrussischen Sowjetkongresses oder auf die Zahl der in ihn entsandten Sozialrevolutionäre, Menschewiki und Bolschewiki, was als Gradmesser für die Bedeutung der bolschewistischen Alternative zum System der Doppelherrschaft herangezogen werden kann. Nicht verzichtet werden darf auf eine Darstellung dieser Gegenposition, wobei eine Konkretisierung durch den Einbezug von Lenins „Aprilthesen“ ermöglicht wird; ein kurzer Rückgriff auf weitere Texte seiner Revolutions-, Partei- oder Imperialismustheorie wird nicht erwartet, würde aber als eine besondere Leistung anerkannt.

Die oben angegebene Anlage des Einordnungsteils oder eine an seinem Ende entfaltete Anknüpfung an die den Unterrichtsabschnitt strukturierende Frage nach den Erfolgchancen des demokratischen Experiments in Rußland bieten sich als Voraussetzungen zur Gewinnung leitender Aspekte oder einer Leitfrage an, unter die die Auswertung der Textgestalt gestellt werden kann (z. B. Welche Möglichkeiten bieten sich den Trägern der „Doppelherrschaft“ nach dem 5. Mai, mit Hilfe ihrer Programme und ihrer praktischen Politik die krisenhafte Situation zu stabilisieren?). Die Auswertung der Texte sollte folgende Gesichtspunkte enthalten: Beide Institutionen beanspruchen, die Ergebnisse der Revolution zu wahren und voranzutreiben („Demokratisierung“ in verschiedenen Bereichen); die Probleme russischer Außen- und Innenpolitik darlegend, geben sie vor, zu einer kraftvollen Politik entschlossen und fähig zu sein, müssen aber unter dem übermächtigen Druck äußerer Gefährdung ihre Aktivität ganz auf die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ ausrichten. Die Zusammenfassung und Organisation aller Kräfte in Armee, Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung, bei gleichzeitigem Hinausschieben wichtiger Entscheidungen (z. B. der Bodenfrage) bis zum Zusammentreten der Verfassungsgebenden Versammlung, wird als zentrale Aufgabe herausgestellt, um Niederlage, Gebietsverluste und innere Auflösung zu verhindern. Die gesteigerte Dringlichkeit in den Formulierungen der „Resolution“, die unterschiedliche Akzentuierung der Kompetenzen staatlicher Organe bzw. gesellschaftlicher Organisationen, die unterschiedliche Prioritäten und evtl. zukünftige Konflikte signalisieren, und die Beachtung der Tatsache, daß der Sowjetkongreß — mehr als einen Monat nach der Regierungserklärung — weitgehend denselben Absichts- und Forderungskatalog präsentiert, kann z. B. in folgende Beurteilung der Effektivität und Glaubwürdigkeit der Politik der Vertreter der Doppelherrschaft münden: der Eintritt sozialrevolutionärer und menschewistischer Politiker in die Provisorische Regierung hat nichts Entscheidendes bewirkt; in Wirklichkeit hat die Regierung alle Probleme vor sich hergeschoben. Möglicherweise sollen ihr verbaler Radikalismus und die Beschwörung revolutionärer Energien den schmalen Spielraum ihres Handelns verdecken. Gewisse Formulierungen in den Texten (v. a. in der Kriegsfrage) deuten sogar an, daß die Sozialisten gezwungen waren, mit den bürgerlich-„kapitalistischen“ Koalitionspartnern bittere Kompromisse zu schließen. Der Zerfall der „Doppelherrschaft“ hat sich beschleunigt, denn der bolschewistischen Agitation wurde weiteres Material geliefert, mit dessen Hilfe sie sich als die einzige Alternative gegenüber der Koalition profilieren konnte. Eine Zuspitzung der Untersuchung auf die Frage nach den Auswirkungen dieser gescheiterten Politik auf das Ansehen gerade

der sozialistischen Politiker führt zur Beurteilung der im Juli durchgeführten Maßnahmen (Flucht in die sich schon in den Texten andeutende militärische Offensive, deren Scheitern zu einer weiteren Einengung des Handlungsspielraums der Regierung führt; Rücktritt der bürgerlichen Minister und Regierungsübernahme durch Kerenski und damit Ende der eigentlichen Doppelherrschaft).

Als Fazit bietet sich ein Ansatz zu einem Sachurteil auf gehobener Ebene über die von Bürgerlich-Liberalen, Sozialrevolutionären und Menschewiki vertretene Politik der „demokratischen Alternative“ zur Politik der Bolschewiki an, deren Qualität danach zu bewerten ist, inwieweit die bis dahin in der Arbeit vorgetragenen Sachurteile berücksichtigt werden.

2.5 Beschreibung der konkret angewandten Leistungsbeurteilungen, bezogen auf die Notenstufen

Die Note „ausreichend“ wurde für folgende Leistungen erteilt:

- Gliederung der Arbeit in die Schritte der Textwiedergabe, der Einordnung der Quellen in den zeitgenössischen Hintergrund und der auf der Auswertung der Texte basierenden Charakterisierung des in ihnen vertretenen Programms; im einzelnen:
 - von Mißverständnissen freie Wiedergabe der Texte: Einbeziehung der äußeren Daten; Erläuterung zentraler Begriffe bzw. Sachaspekte („Demokratisierung“ von Armee, Finanzsystem, Verwaltung; „Arbeits- und Bodenfrage“; „Konterrevolution“, „Verfassunggebende Versammlung“);
 - knappe, von schweren Sachfehlern freie Einordnung der Texte in den zeitgenössischen Hintergrund der „Doppelherrschaft“; Benennung der in Lenins „Aprilthesen“ formulierten Hauptforderungen der bolschewistischen Gegenposition;
 - knappe Charakterisierung der politischen Grundpositionen von Regierung und Sowjetkongreß.

Die Note „mangelhaft“ wurde erteilt, wenn

- zwar die Gliederung der Arbeit in Wiedergabe, Einordnung und Charakterisierung angestrebt wurde, diese Schritte aber miteinander vermischt wurden, so daß eine sinnvolle Abfolge aufeinander aufbauender Arbeitsschritte nicht zustande kam;
- die Texte nur in enger Anlehnung an Aufbau und Wortwahl der Vorlagen wiedergegeben wurden;
- die Darstellung des zeitgenössischen Hintergrundes zusammenhanglos, lückenhaft und nicht frei von groben Sachfehlern war;
- zwar eine Charakterisierung des in den Texten vorgestellten Programms versucht wurde, aber wegen vorausgegangener inhaltlicher und methodischer Mängel und wegen erheblicher Defizite im Darstellungsvermögen des Schülers nicht mit einem hinreichenden Ergebnis abgeschlossen wurde.

Die Note „befriedigend“ wurde erteilt, wenn die Arbeit zusätzlich zu den für die Note „ausreichend“ vorausgesetzten Leistungen

- die Wiedergabe der Texte nach übergeordneten Gesichtspunkten gliederte und nähere Hinweise auf Verfasser, Zeitpunkt, Adressaten und Textsorte lieferte;
- eine präzisere Zuordnung des Materials zur Phase der Koalitionsregierung leistete und auf die spezifische Situation der Vertreter der „revolutionären“ Demokratie zwischen April und Juli 1917 hinwies;

- zu einer fundierten Charakterisierung des Programms der Träger der „Doppelherrschaft“ und des ihnen noch verbliebenen Handlungsspielraums vordrang.

Die Note „gut“ wurde erteilt, wenn darüber hinaus

- die einzelnen Abschnitte der Arbeit zu einem stringenten Argumentationszusammenhang verknüpft wurden;
- mit den Hinweisen auf äußere Daten der Quellen eine Andeutung des Stellenwertes dieser Dokumente in der damaligen Situation verbunden wurde;
- eine umfassende Einordnung der Materialien geleistet wurde, die die einzelnen Phasen der sog. Doppelherrschaft darstellte, politische Positionen durch Verweise auf signifikante Dokumente konkretisierte und die Darstellung auf den Zeitraum des 1. Koalitions-kabinetts der Provisorischen Regierung konzentrierte;
- auf der Basis erarbeiteter Ergebnisse aus Textanalyse und -interpretation ein tragfähiges Urteil über die Politik der „demokratischen Alternative“ zum bolschewistischen Programm formuliert wurde.

Bei der Bewertung des Darstellungsvermögens der Schüler wurden im Sinne der Richtlinien berücksichtigt: „Klarheit und Eindeutigkeit der Aussage, Angemessenheit der Darstellung, Übersichtlichkeit der Gliederung und die inhaltliche Ordnung“ (Richtlinien Geschichte, S. 129).

2.6 Notenspiegel

1	2	3	4	5	6
/	4	9	6	1	/

2.7 Ausgewählte Arbeiten

Klausur A

Die Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung über ihr Programm (Mai 1917) stellt eine Erklärung der Regierung über ihre Ziele dar, die die wichtigsten Fragen Rußlands betreffen. Die zukünftigen politischen Maßnahmen sollen von den hier verkündeten Zielen bestimmt sein. Diese an die Öffentlichkeit gerichtete Deklaration hat also den Charakter eines bedeutenden offiziellen politischen Dokuments. Die Deklaration behandelt Fragen der Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungspolitik. Dabei tritt die Provisorische Regierung für einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein. Sie möchte zwar die Demokratisierung der Armeefortführung, betont aber, daß ihre militärische Stärke sowohl für An-

Γ Hinweis auf Anlaß

Γ Innen.

| (Nicht gekennzeichnetes Zitat)

LM Γ Erläuterung

griff als auch Verteidigung gesteigert werden soll. Die Versorgung der Bevölkerung soll durch staatliche Kontrolle und gegebenenfalls staatliche Organisation der Produktion gewährleistet werden. Demokratische Selbstverwaltungsorgane sollen von der Regierung gefördert werden.

Γ durch

Die Frage der möglichen Umverteilung des Landes überläßt die Provisorische Regierung der Verfassunggebenden Versammlung, für deren rasche Einberufung sie eintritt.

Γ Erläuterung

Die Demokratisierung des Finanzsystems will sie durch Steuermaßnahmen erreichen.

s. o.

Die vorliegende Deklaration ist die erste Verlautbarung der neuen Provisorischen Regierung, die am 5. Mai 1917 umgebildet wurde. Diese unterschied sich von der bisherigen dadurch, daß nun auch Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt waren, also auch Politiker, die sich mit den Zielen der Räte identifizierten, nicht unbedingt mit denen der Duma, die, obgleich sie als parlamentarische Einrichtung galt, durch den Zaren legitimiert war und durch ein hohes Zensuswahlrecht nicht das Volk repräsentierte. Die erste Provisorische Regierung, die unmittelbar nach dem Sturz des Zaren (1. 3. 1917) nur aus Duma-Mitgliedern gebildet wurde, bestand zum überwiegenden Teil aus liberal-bürgerlichen und konservativen Ministern. Der einzige Sozialrevolutionär (Trudowik) war Justizminister Kerenski. In ihrer ersten Erklärung, die das Ergebnis von Verhandlungen mit dem Petrograder Sowjet war, zeigte sich diese Regierung jedoch zu weitgehenden Zugeständnissen bereit: Neben der Information über die Zusammensetzung der Provisorischen Regierung und der Zusicherung bürgerlicher Freiheiten, forderte sie darin eine grundlegende Demokratisierung in Armee, Kommunen und Verwaltung und eine baldige Einberufung einer Konstituante.

— [Fachterminus]

LM (Zusammenhang verkürzt)

A

Gr

Γ gegenüber den Forderungen der Massen und denen der Räte
Z

[Genauere Unterscheidung]

Die Regierungsumbildung im Mai und die erneute Festlegung der politischen Ziele und Maßnahmen, die nachdrückliche Darstellung der Regierungsposition, hat nun folgende Gründe:

Die Petrograder Arbeiter sahen die Erwartungen, die sie in die aus der Revolution hervorgegangene Regierung steckte, nicht erfüllt. Kriegsmüdigkeit, Versorgungsschwierigkeiten, Hunger — diese Umstände hatten die Revolution ins

— [Verkürzung]

A/

Bz

Rollen gebracht; diese Probleme bestanden jedoch nun, nach der Revolution, weiter, und man vermißte einschneidende, grundlegende Entscheidungen und Veränderungen. Der Forderung nach sofortigem Friedensschluß kamen weder die Regierung noch die Sowjets nach. Aus dem „Appell an die Völker der ganzen Welt“ des Petrograder Sowjets spricht zwar der euphorische Pathos über den Sieg der Revolution, gleichzeitig wird jedoch die Fortführung des Krieges im Interesse der Revolution legitimiert. Wenn auch die Provisorische Regierung anders argumentierte — mit dem Schutz für die russische Wirtschaft vor einer totalen Kriegsniederlage — so stimmten doch Sowjet und Regierung bei der Fortführung des Krieges überein. Ein weiterer Grund für die Unzufriedenheit im Volk war das Verzögern der Landverteilung und Demokratisierung der Banken und Betriebe. Daraus ergaben sich Unruhen, Massenproteste, die durch die sehr weitgehenden, propagandistisch verbreiteten Forderungen der Bolschewisten geschürt wurden. Diese manifestierten sich in den von Lenin verfaßten April-Thesen, mit der er eine Neuorientierung der bolschewistischen Partei einleitete, indem er sie auf den Kampf gegen die Provisorische Regierung einstellte und damit die endgültige Trennung von den Menschewiki vollzog. Seine radikalen Forderungen entsprachen den Wünschen der Massen: sofortige Beendigung des Krieges, der weiterhin den Charakter eines räuberischen, imperialistischen Krieges trage, sowie Nationalisierung der Banken und Betriebe und deren Kontrolle durch die Sowjets. Er verlangte zwar nicht die Umverteilung des Bodens an die Bauern, sondern auch hier Kontrolle durch die Räte, doch trat er dafür für die Legalisierung der bereits spontan geschehenen Enteignung ein und gewann durch Rückhalt in der Masse.

Gr

LM [Bündnisverpflichtungen]

[wage; gemeint war: der Gutsbesitz]

Bz

[Verschiebung des Zusammenhangs]

s. o.

Nun. Fl.

Auf diese Weise förderten die Bolschewisten die Unzufriedenheit und waren wesentlich an den Aprilunruhen beteiligt. Die Arbeiter verlangten den Rücktritt des Außenministers Miljukow, der einen Separatfrieden ablehnte und den Krieg an der Seite der Alliierten weiterführen wollte.

s. o.

R

Hinzu kam die schwindende Disziplin der Armee. Der Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets vom 1. 3. 1917 ermächtigte die Petrograder Garnison, wichtige politische Entscheidungen in Form von Soldatenkommissionen zu fällen. Die

I

A

Befehlsgewalt der Offiziere war damit untergraben. Andere Einheiten folgten dem Beispiel mit der Konsequenz, daß die Armee nicht mehr zu kontrollieren war. Eine militärische Katastrophe befürchtend, die er nicht zu verantworten bereit war, trat Kriegsminister Gutschkow zurück; der Provisorischen Regierung schien eine Kabinettsumbildung erforderlich.

Daß nun sozialistische Minister in die Regierung aufgenommen werden, scheint den Erwartungen der Petrograder entgegenzukommen. Aber es stellt sich doch die Frage, ob die Deklaration des Koalitionskabinetts den Erwartungen der Massen genüge. Sie läßt nämlich keine Wende in der Politik erkennen. Auch die sozialistischen Minister treten für die Fortführung des Krieges ein. Die Art, wie sie einen zukünftigen Frieden beschreiben (Punkt 1: kein „Separatfrieden“; „weder die Herrschaft über andere Völker noch die Wegnahme nationalen Erbes“, „ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“); dazu die Hinweise auf die „Verstärkung ihrer Kampfkraft sowohl im Hinblick auf die Verteidigung, als auch auf den Angriff“ verdeutlichen, daß der Krieg weitergeht.

Alle einschneidenden Veränderungen in der Wirtschaftspolitik (Pkt 3—6) werden auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Sie gibt sich zwar den Anschein, die „Demokratisierung“ weiterzutreiben, aber alle Beteuerungen ihrer Tatkraft („unablässig und entschieden“, „energisch“, „mit aller nur möglichen Konsequenz und Schnelligkeit“) verdecken nur ihre Hilflosigkeit (besonders stark in Punkt 5).

Zu eben dieser Deklaration nimmt die Resolution über die Regierung, die am 21. Juni vom Allrussischen Sowjetkongreß angenommen wird, Stellung.

Der erste Allrussische Sowjetkongreß besteht aus Entsandten der russischen Sowjets, ist die höchste Instanz des Rätessystems und seine Beschlüsse können als repräsentativ für die Politik der Räte bezeichnet werden. Auch dieser Text ist also ein verbindliches politisches Dokument. ¶

In der Resolution stellen sich die Räte vorbehaltlos hinter die Politik der Regierung, weisen jedoch nachdrücklich dar-

s. o.

LM [Begründung]

LB [Syntakt. Anschluß]

LM

Bz

Die Auswertung
der Textgestalt
dringt zu
wenig in die
Tiefe.

Z

LM (Frage nach dem Anlaß der Veröffentlichung könnte zu einer präziseren Einordnung führen)

FI (-kongreß)

auf hin, diese energischer zu verwirklichen. Eine beinahe wörtliche Übereinstimmung ergibt sich in den Forderungen nach einem allgemeinen Frieden, Demokratie und Stärkung der Armee, Förderung der lokalen Selbstverwaltung und Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung.

A (Demokratisierung)

In den Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft (Banken, Betriebe, Landwirtschaft) wird in der Resolution die wirtschaftliche Notsituation Rußlands betont und die geforderten Maßnahmen in diesen Rahmen gestellt — wobei aber auch die Notwendigkeit hervorgehoben wird, daß die Maßnahmen „mit den Forderungen der organisierten Massen übereinstimmen“ (Punkt e und c). Γ

Bz

EM (Auswertung)

Ferner fordert der Allrussische Kongreß den systematischen Kampf gegen die Konterrevolution — ein Aspekt, der in der Deklaration der Regierung vom 5. 5. '17 nicht enthalten ist.

[Wird in Deklaration aufgeführt, im Arbeitstext nicht abgedruckt.]

Die Resolution wurde beim ersten Allrussischen Kongreß von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki vorgeschlagen und angenommen, denn sie besaßen die überwiegende Mehrheit in diesem Kongreß: 285 Sozialrevolutionären und 248 Menschewiki standen 105 Bolschewiki gegenüber.

Auffallend ist der drängende Grundton dieser Entschliebung („noch energischer und konsequenter durchzuführen . . .“, „beharrlich für den raschesten Abschluß . . . kämpfen“, „energischsten Maßnahmen . . .“). Γ Er spiegelt zum einen die sich verschärfende wirtschaftliche Situation wider und weist auf die reale Gefahr der Konterrevolution hin.

Γ *Grundstelle*

Zum anderen ist er auch charakteristisch für die Situation der Räte: Die Sowjets stützen sich gerade auf die Wählerbasis, die weitergehende wirtschaftlich-soziale Erwartungen stellt. Andererseits stehen sie unter dem Druck der Kriegsnot, die Γ Wirtschaftsleben bestimmt und tiefgreifende Umwälzungen gegenwärtig nicht zuläßt. Dies zwingt sie, die eigenen Ziele — wie z. B. eine Umverteilung des Bodens — zugunsten einer pragmatischeren Politik, die auch schon die erste „bürgerliche“ Provisorische Regierung praktiziert hat, in die Zukunft zu verlegen.

R

Gut!

Γ *das*

[Kennzeichnung der s. o. Perspektive fehlt]

Obgleich die Räte nicht die Regierungsverantwortung tragen, stellen sie doch eine mindestens gleich starke politische Kraft wie die Regierung dar, weil sie bereits ihre Legitimation durch die Wahl von den städtischen Volksklassen erhalten haben — anders als die Regierung, die gebildet, nicht gewählt wurde. Zudem liegt in ihren Händen ein Großteil der Macht zur Verwirklichung der Ziele der Regierung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zu der Politik der Regierung überhaupt Stellung zu nehmen, und dies um so mehr, als diese nun von Sozialisten, also Gesinnungsgenossen mitbestimmt wird.

[...]

(Verkürzung)

Z

Dabei stehen die Sowjets unter doppeltem Druck: dem der tatsächlichen Möglichkeiten zur Veränderung und unter dem ihrer eigenen Wähler. Dieser Konflikt wird in dem vorliegenden Dokument sehr deutlich: „... schnellstens in der Arbeits- und Bodenfrage ... Maßnahmen durchzuführen, die mit den Forderungen der organisierten Arbeitermassen übereinstimmen und die von den Lebensinteressen der vom Krieg unterhöhlten nationalen Wirtschaft diktiert sind.“

Lb. (Lyntski Anschluß)

LM (Weiterführung der Auswertung)

Setzt man allerdings Punkt 1 der Deklaration der Provisorischen Regierung mit Punkt a der Resolution über die Regierung in Beziehung, sieht man deutlich eine „Diskrepanz zwischen Anspruch und Vermögen“ der Räte. Der Anspruch der Räte war, dem Willen der Masse gerecht zu werden. Der Wille der Masse war, wie diese in der Aprilkrise deutlich dokumentierte, das sofortige Ende des Krieges. Die Räte sehen sich dazu nicht in der Lage und sprechen von einem möglichst raschen Abschluß des Krieges; sie unterstützen damit die Regierung bei dem Festhalten an ihrer momentanen Kriegspolitik. Man sieht deutlich die fortschreitende Distanzierung der die Doppelherrschaft tragenden Institutionen von dem Volkswillen.

Gut!

(Herkunft des Zitats)

W

Eine Differenz zwischen der Provisorischen Regierung und den Räten wird in Punkt 2 deutlich, wenn die Regierung von einer Festigung der Demokratisierung der Armee spricht, die Räte hingegen von einer weiteren Demokratisierung der Armee. Diese Differenz wird aber durch die Forderung nach einer Verstärkung der Kampfkraft der Armee, in beiden Texten, wieder aufgehoben, was wieder ein Symptom für die oben erwähnte These ist.

(Nicht gekennzeichnetes Zitat)

(Weiterführung)

Die wirtschaftlichen Aspekte stimmen in beiden Texten weitgehend überein; der zweite Text stellt eine Legitimierung der Regierungspolitik dar, indem die Regierung aufgefordert wird, schnellstmögliche Abhilfe der Mißstände, wie z. B. der Versorgungsschwierigkeiten, zu schaffen. Wichtig ist, daß sich die Regierung in der Wirtschaftspolitik die aktive Rolle bei der Kontrolle über die Produktion, wie auch im Notfall die Organisation der Produktion, vorbehält und nicht den Räten überlassen will.

LM | Die unterschiedlichen
| Positionen beider In-
| stitutionen könnten
| intensiver erarbeitet
| und ausgewertet
| worden.

Eine Gefahr, die nicht nur die Macht der Sowjets und das Ziel einer demokratischen Räterepublik bedroht, sondern auch die Revolution als solche, schlägt sich in der Resolution des Sowjetkongresses nieder: die Gefahr der Reaktion. Offensichtlich zeichnet sie sich bereits jetzt, im Juni 1917, ab, knapp drei Monate später gelangt sie in dem Putsch des Generals Kornilov zum Ausbruch.

(Diese Frage war noch nicht
entschieden.)

LI [Beginn 25. 8.]

Noch nicht ernsthaft ist zu diesem Zeitpunkt die Konkurrenz der Bolschewisten, wenn sie überhaupt erkennbar ist. Die Forderung aus den Aprilthesen: „Alle Macht den Räten!“ scheint diesen den Rücken zu stärken und mit dem Ziel der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, einem entwickelten Rätestaat, übereinzustimmen. Doch die Propaganda der Bolschewisten richtet sich scharf gegen die Regierung und erkennt die „Sachzwänge“ nicht an. Von einem Kampf der Bolschewisten gegen die von Sozialrevolutionären und Menschewiki besetzten Räte kann zu diesem Zeitpunkt (Juni 1917) noch keine Rede sein, doch das Schüren der Unzufriedenheit im Volk verstärkt noch den Druck auf die Räte. Dies erklärt den Druck der Räte auf die Regierung, der sich in der Resolution äußert („... Kongreß ersucht die Regierung dringend, die von ihm angenommene Plattform noch energischer und konsequenter durchzuführen...“). Sie stehen unter Zugzwang, und vorrangiges Ziel ist es nun, möglichst schnell die „Plattform“, den Boden für zukünftige Veränderungen zu schaffen (siehe Punkt g: „Der Kongreß fordert besonders die baldige Einberufung der Allrussischen Konstituante.“) Die Resolution zeigt die Sowjets hier als Motor der Regierung.

LI (vgl. Schlußkommentar)

(Fachterminologisch vage)

LI (s. o.)

[Einleitung der

Z

LM (Diese Forderung könnte
intensiver reflektiert werden.)

| Anknüpfung an
| Leitfrage wird vermißt.
| (Verkürzung)

Für die Sowjets ergaben sich aus ihrem Verhalten schwerwiegende Folgen: Sie, die von den Arbeitern, ihren langjäh-

rigen Anhängern, gewählt wurden und dadurch eine wesentliche Machtstellung besaßen, zeigten sich außerstande, die drängenden Erwartungen zu erfüllen. Als Auffangbecken der Unzufriedenheit standen die Bolschewisten bereit; ihr Sprachrohr war Lenin, der die Sowjets nach dem gescheiterten, von Bolschewisten angeführten Aufstand, als Opportunisten bezeichnete. Tatsächlich arbeiteten die Sowjets mit einer Regierung zusammen, in der einige Minister dem Besitzbürgertum angehörten, für die die Vergesellschaftung von Betrieben oder Banken existenzbedrohend wäre und die durchaus kapitalistische Interessen vertraten. Eine Nationalisierung wäre mit diesen Ministern vielleicht nicht möglich gewesen.

Doch im Kriegsjahr 1917 hätten derartige Umwälzungen wohl ohnehin den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeutet, auch für die Sowjets sind derartige Veränderungen unter den gegenwärtigen Umständen nicht diskutabel, obwohl sie in der Resolution verbal die Interessen der Arbeiter mit den vom Kriege diktierten Möglichkeiten in Einklang zu bringen versuchen.

Die Kritiker der Räte übersehen also meiner Meinung nach, daß den Räten durch die wirtschaftliche Lage Rußlands ohnehin viel zu wenig Spielraum für Veränderungen blieb. Daß die geforderten Maßnahmen hinausgeschoben wurden, erscheint mir als eine Folge der Sachzwänge, nicht als Opportunismus. Dabei stellt sich trotzdem die Frage, ob hier „aufgeschoben“ nicht „aufgehoben“ bedeutet, das heißt, ob sich durch die Billigung, ja Unterstützung der teilweise kapitalistischen Regierung, der nicht schon während ihrer Regierungszeit durch Enteignung die Machtbasis entzogen wird, diese die endgültige Etablierung möglich gemacht wird. Doch in dieser Frage kann man sich zum einen auf die wiederholte Zusicherung, schnellstmöglich eine Konstituante wählen zu lassen, berufen. Dieser soll auch die Entscheidung über den kapitalistischen oder sozialistischen Staat vorbehalten bleiben.

Die Regierung maßt sich diese Entscheidung zu keinem Zeitpunkt selbst an. Außerdem besaßen im Falle einer Konfrontation die Räte den stärkeren Rückhalt im Volk, also einen sehr wichtigen Machtfaktor. So umstritten die Frage der

[Die B. schlossen sich den Unruhen an.] [im Juli]

Z (.) U [Inhaltliche Präzisierung fehlt]

[Soldaten u. Bauern

is. o. Rückbezug auf Leitfr Frage zu undeutlich)
R

Lb/L

[Nähere Erläuterungen nötig]

[Kennzeichnung der Perspektive fehlt]

A (für einen)

Zusammenarbeit zwischen Räten und Regierung für kritische Sozialisten sein mochte — dem Hauptkritiker, Lenin, ging es nicht in erster Linie darum. Seine Forderung „Alle Macht den Räten!“ bedeutete ja nicht, die Macht der gewählten Räte zu steigern, sondern, daß die Bolschewistische Partei über die Räte selbst an die Macht gelangt und die Revolution ihrer zweiten Etappe, der sozialistisch-bolschewistischen Revolution zuführt. Die Tatsache, daß er dabei in seiner Propaganda nur sehr bedingt auf die tatsächlichen Möglichkeiten einer für Sozialisten sicher glaubwürdigeren Politik einging, zeigt, daß es nicht die Räte waren, die im Mittelpunkt seines Interesses standen.

M

Z M

LM (Sachverhalt bleibt undeutlich)

! Rückbezug auf die
! Leitfrage (Fazit) fehlt

Die sprachlich solide und stilistisch anspruchsvolle Arbeit läßt erkennen, daß Sie sich ein umfangreiches Wissen über das Revolutionsjahr 1917 angeeignet haben und in der Lage sind, die vorgelegten Materialien präzise in den zeitgenössischen Hintergrund einzuordnen und die in ihnen vertretenen Positionen angemessen zu bewerten.

Wenn auch die knappe Wiedergabe der Textaussagen die Erläuterung zentraler Begriffe vermissen läßt, so zeigt dieser Arbeitsschritt doch Verständnis der Inhalte und Selbstständigkeit der Darstellung. In der Einordnung leisten Sie, abgesehen von einzelnen Verkürzungen, eine umfassende Darbietung der politischen und wirtschaftlichen Abläufe im Frühlingsjahr des Jahres 1917; dabei hätten Sie allerdings die im ersten Abschnitt herausgestellten Fachbereiche als leitende Aspekte für eine Gliederung dieses Teils benutzen und so beide Kapitel besser miteinander verknüpfen können.

Deutlicher hätte auch die Textinterpretation unter die Leitfrage gestellt werden können, ob die „Deklaration“ und die „Resolution“ den Erwartungen der Massen genügten. Über das Fazit (Einengung des Handlungsspielraumes durch „Sachzwänge“) hinaus wäre eine Anknüpfung an die im Unterricht erarbeitete Problemfrage nach den Erfolgchancen des demokratischen Experimentes in Rußland möglich gewesen.

Die Arbeit bietet — mit Ausnahme der Fehleinschätzung der Auswirkungen bolschewistischer Politik im Mai und Juni (deren Einfluß Sie übrigens die April- und Julikrise zuschreiben, ohne den dadurch entstehenden Widerspruch zu Ihrer These zu bemerken) — insgesamt eine treffende Charakterisierung der zweiten Phase der „Doppelherrschaft“; jedoch hätten diese Urteile durch eine gezieltere Auswertung der Textgestalt auf eine breitere Basis gestellt werden können.

Note: Gut

Klausur B

Die Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung vom 5. (19.) Mai 1917, eine offizielle Grundsatzserklärung der Regierung über ihr Programm, eröffnet ihre Pläne zur zukünftigen russischen Politik. Die Resolution über die Regierung, vorgeschlagen von den So-

Besser, legt dar, erläutert

zialrevolutionären und Menschewiki und am 21. Juni (4. Juli) vom Kongreß der Sowjets angenommen, ein offizielles parteiliches Dokument, bestätigt den Kurs der Regierung, sie wird lediglich zu einer verstärkten, konsequenteren Durchführung ihrer Politik aufgerufen.

LI
Z 1.)

Beide Erklärungen stimmen in ihren grundsätzlichen Forderungen und Plänen überein. Sie machen Aussagen über die zukünftige Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik.

Es wird ein allgemeiner Friede ohne Annexionen und Kontributionen erstrebt, die Demokratisierung der Partei soll gefestigt, ihre Kampfkraft verstärkt werden. Sofortige Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen Zusammenbruch sind geplant, die in der Deklaration der Regierung näher erläutert werden: das Finanzwesen soll demokratisch aufgebaut werden, wirtschaftliche Bereiche sollen kontrolliert, die Produktion notfalls von der Regierung organisiert werden, Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter werden angestrebt sowie eine baldige Lösung der Agrarfrage, wobei die Provisorische Regierung hier auf die zukünftige Konstituierende Versammlung verweist.

[Wohl irrtümlich für „armee“]

LM

Die Erläuterung
zentraler Begriffe fehlt.

Pl

In innenpolitischer Hinsicht soll das System der demokratischen Selbstverwaltung ausgebaut werden. Es wird die baldigste Einberufung der Konstituierenden Versammlung angestrebt. Die Resolution fordert ausdrücklich den konsequenten Kampf gegen die Konterrevolution.

[Nicht gekennzeichnetes Zitat]

s. o.

Diese beiden Erklärungen wurden in der schwierigsten Phase der russischen Geschichte, im Revolutionsjahr 1917, veröffentlicht.

[Zeitpunkt könnte präziser eingegrenzt werden]

Nachdem der Zar durch die Februarrevolution gestürzt [worden war] das autokratische System beseitigt worden war, galt es, ein neues System zu etablieren. Es wurde Anfang März eine aus bürgerlichen Ministern bestehende Provisorische Regierung gebildet, sowie die Sowjets, Räte aus gewählten Arbeiter- und Soldatenabgeordneten bestehend, die die wirkliche Macht hatten. In diesen Räten hatten die Menschewisten und Sozialrevolutionäre die Mehrheit, die Bolschewisten bildeten eine verschwindende Minderheit. Es entstand also ein System der Doppelherrschaft. Die Räteparteien, die immer für den sofortigen Frieden und für soziale Reformen eingetreten waren, sahen sich mit der

LM | Die Anlage dieses
[—] + und | Arbeitsteils wirkt
| zu „erzählend“ u.
| löst sich von der
Z Pl | Vorlage (vgl.
| Schluß-
| kommentar).

[In zeitl. Eingrenzung zu wage]

Zeit gezwungen, in den Kernfragen der russischen Politik bez. des Krieges, der Agrar- und Wirtschaftsfrage gegen ihre Richtlinien zu handeln, um einen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft zu verhindern und die Ergebnisse der Februarrevolution zu verteidigen. So traten sie für eine Weiterführung des Krieges ein, und verwiesen in den Wirtschaftsfragen auf die Konstituierende Versammlung. Die Bevölkerung wurde immer unzufriedener mit der Politik der Räteparteien. Es kam zur Aprilkrise, in der in Demonstrationen der Arbeiter klare Manifestationen gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck kamen. Der Unmut der Bevölkerung wurde von den Bolschewisten unterstützt bzw. gefördert, die den reformerischen Weg ablehnten und den Forderungen der Massen entgegenkamen. Lenin forderte in seinen „Aprilthesen“ von 4. April klar die sofortige Beendigung des Krieges, die sofortige Enteignung der Grundbesitzer und Nationalisierung des Bodens, worunter viele die Aufteilung dessen verstanden, sowie die Kontrolle über die Industrie und die Nationalisierung und Kontrolle der Banken. Dies waren auch die Forderungen der Bevölkerung; die Bolschewisten drohten an Einfluß zu gewinnen. Die Aprilkrise wurde schließlich zur Kabinettskrise. Über die Frage nach dem Autonomieanspruch der Ukraine kam es zum Zusammenbruch der Regierung, die bürgerlichen Minister dankten ab. Am 5. Mai wurde eine Koalitionsregierung zwischen der „bürgerlichen Demokratie“ und der „revolutionären Demokratie“ gebildet, in der wichtige Ressorts von sozialistischen Ministern besetzt wurden. Von dieser Koalitionsregierung wurde nun die vorliegende Deklaration veröffentlicht, in der sie zu den Kernfragen der Zeit Stellung nimmt. Die Lage der sozialistischen Minister hat sich aber nicht geändert, sie befinden sich in der gleichen zuvor beschriebenen Zwangslage der Räteparteien. Mit dieser Deklaration versuchen sie, ihre bisherige Politik zu verteidigen und machen neue Versprechungen, die sie bisher nicht halten konnten. Die Regierung „lehnt . . . jeden Gedanken eines Separatfriedens ab; sie strebt . . . nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.“ Die Regierung verteidigt ihren Friedenswillen, sie versucht, den revolutionären Pazifismus der kriegsmüden Massen von der eigenen Regierung gegen die Regierungen der anderen Völker

bzw. Z

Appell des Petrogr. Sowjets

Z

s. o.

W

s. o.

W

IL

LM (Gutsbesitz)

Kleinbauern

Gr

Zu pauschal!

LI (Überzogen; Miljukow u.

LM (Terminol.) Gučkow)

|| Absatz | Hier erst gewinnen
 (—) | Sie wieder den Bezug
 | zum vorliegenden
 | Material.
 O Z | Eine Unter-
 | ordnung der
 Z | Textauswertung
 A D | unter eine Leit-
 | frage fehlt.

O LM (Unerregung des Sachver-
 haltes)

Γ Fundstelle

A

A

zu kanalisieren. Sie verweist wie zuvor in der die Massen bewegenden Agrarfrage auf die „sobald als möglich . . . einzuberufende“ Konstituierende Versammlung. Sie verspricht „die planmäßige staatliche und gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion . . . und im Notfall die Organisation der Produktion.“ Hier geht sie auf Forderungen der Massen ein, die auch in Lenins „Aprilthesen“ deutlich wurden. Es stellt sich aber die Frage nach der Verwirklichung dessen, wogegen sich die Unternehmer bisher erfolgreich durch z. B. Androhung der Aussperrung der Arbeiter zur Wehr gesetzt hatten. Die Regierung verspricht die „Demokratisierung der Armee“ zu festigen, obwohl durch den bisherigen durch den Befehl Nr.1 des Petrograder Sowjets veranlaßten Demokratisierungsprozeß ein Chaos in der Armee entstanden war. Die Regierung machte Versprechungen, um die Massen zu beruhigen; die sozialistischen Minister waren in ihrer politischen Bewegungsfreiheit jedoch so eingeschränkt, daß sie sie nicht halten konnten. Ihre Pblitik stellt keine brauchbare Alternative zu der Politik der bürgerlichen Minister dar, nur waren sie jetzt als direkte Beteiligte für ihre Politik verantwortlich. Wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung war die Folge. Die Resolution über die Regierung hat in dieser Entwicklung wieder eine Verteidigungsfunktion. Zur Niederhaltung des Protestes, zur Beruhigung der Massen wird gesagt, „daß die Richtung dieser Politik mit den Interessen der Revolution übereinstimmt.“ Es soll unterstrichen werden, daß die Politik der Sozialisten nicht in eine bürgerliche Politik umgeschlagen ist, sondern daß sie ihren revolutionären Charakter behalten hat, immer noch im Sinne der Revolution wirkt. „Der Kongreß ersucht die Provisorische Regierung dringend, die von ihm angenommene Plattform noch energischer und konsequenter durchzuführen.“ Durch die Resolution versuchen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die Regierung quasi zu bedrängen. Sie ist in ihrem Wortlaut radikaler „beharrlich“, „rasch und radikal“, „schnellstens“, „unter direkter Teilnahme der arbeitenden Massen . . .“, um ihr sozialistisches Ansehen zu wahren, ihren revolutionären Einsatz für die arbeitende Bevölkerung zu bestätigen. Daraus resultiert auch die Forderung: „den Kampf mit der Konterrevolution aufzunehmen“, zur dauernden Verteidigung der revolutionären Interessen.

Zitiertweise; [Fundstelle

s. o.

Gut!

Besser: . . . die Frage, wie sich die Unternehmer

L

Z

Lb

Besser:

Vorfall der Disziplin

U

LM [Darstellung zu knapp; geht nicht auf Hintergründe ein]

|| Absatz

LM [Besondere Bedeutung des Loujethkongresses wird nicht erwähnt]

s. o. [Fundstelle]

Lb [und]

s. o. Guter Ansatz!

L

Lb [Lyntaki. Anschluß]

[s. o.

Erläuterung zu vage

In der Folge zeigte sich [dann] daß diese Versprechungen nicht gehalten wurden, daß keine entscheidenden Maßnahmen in wirtschaftlicher Hinsicht durchgesetzt wurden. [—]

Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung wurden ständig verschoben; [bezüglich des Krieges] wurde im Juli die Kerenski-Offensive durchgeführt, die mit einer völligen Niederlage endete. Die Demokratisierung der Armee wurde nicht gefestigt, sondern teilweise [wieder] zurückgenommen: am 12. 7. wurde wieder die Todesstrafe in der Armee eingeführt. [—]
[Verengung des Sachverhalts]

Die Regierung verlor immer mehr an Kraft, was sich an ihren dauernden Umbildungen zeigte, wobei Kerenski die einzige Konstante blieb. Schließlich hatte sie am 2. 7. einen Putsch der Bolschewiki und Ende August einen Putsch von rechts zu bestehen. Mit dem Kräfteverfall der Regierung ging das wachsende Ansehen der Bolschewiki einher bis zu ihrer Machtergreifung in der Oktoberrevolution. LM [Übertreibung]
LM (Auf diese Weise dargeboten, wird die Frage nach möglichen Erfolgchancen des demokratischen Experiments nicht berührt.)

Die beiden Erklärungen der gemäßigten Sozialisten stellen keinen Wendepunkt [dar]. Es blieb bei der Fortführung der bisherigen Vorgehensweise, hier in eine radikal-revolutionäre Hülle gewickelt. „staatliche und gesellschaftliche Kontrolle . . .“, „die mit den Forderungen der organisierten Arbeitermassen übereinstimmen . . .“. [Man beruft sich immer wieder auf die Forderungen der Arbeiter, man maßt sich regelrecht an, ihnen entsprechend zu handeln. Um ihr revolutionäres Image zu wahren, machen die Sozialisten Aussagen, die sich in der Realität nicht bewahrheiten. In tollen Worten wird versprochen, was in der Situation nicht zu verwirklichen war. In radikal-revolutionärem Stil wird Aussichtsloses formuliert. Es wird Verbalradikalismus betrieben zur Täuschung der wahren Sachverhalte, zur Täuschung der eigenen Anhängerschaft. LM [Verengung]
Bezug
A
LB [Synthet. Anschluß]
s. o.
Besser: . . . gibt vor, sie als Leitlinien einer zukünftigen Politik anzuerkennen
A
Besser: formulieren Versprechungen
A
W
LM [vgl. Schlußbemerkung]
A D

Sie geben die Aussagen beider Texte richtig und selbständig geordnet, wenn auch ohne die erforderlichen Erläuterungen wieder. Zur Einordnung der Quellen legen Sie knapp, aber zutreffend die Entwicklung zwischen Februar und Mai 1917 dar, und auch Ihre später angefügten Ausführungen über das weitere Schicksal der Provisorischen Regierung und der Parteien, die als Träger der Notstandsdemokratie bis zur Oktoberrevolution bezeichnet werden, verdeutlichen, daß Sie über zufriedenstellende Kenntnisse über den Gang der russischen Geschichte im Jahre 1917 verfügen. Die Urteile, die Sie — nach einer allerdings recht vordergründigen Textarbeit — über den Charakter der beiden Erklärungen und die Handlungsspielräume von Regierung und Sowjetkongreß vorlegen, treffen zu, wenn auch einzelne Erläuterungen inhaltsreicher und differenzierter hätten abgefaßt werden können.

Auf der anderen Seite weist die methodische Anlage der Arbeit deutliche Schwächen auf. Die Einordnung der Materialien bietet ein isoliertes Referat der Ereignisse während der ersten Phase der „Doppelherrschaft“, läßt den Bezug zu den Quellen vermissen und stellt diesen Teil, ebenso wie die folgenden Partien, nicht unter einen leitenden thematischen Aspekt. Aus diesem Grunde wirkt die Arbeit zu sehr „erzählend“; sie gewinnt keine Problemorientierung, sondern sie konzentriert sich auf die Darstellung von Ereignissen, deren Hintergrund oft ausgeklammert wird. Auch Ihre Stellungnahme läßt nicht erkennen, wie Sie — auf der Basis Ihres Hintergrundwissens und der Auswertung des vorgelegten Materials — durch abwägende Beantwortung einer Leitfrage zum Ergebnis der „Aussichtslosigkeit“ des demokratischen Experiments gelangen, sondern sie legt den Schwerpunkt auf die Darlegung einer schon vorher vorhandenen Einsicht.

Note: noch befriedigend (minus)

Klausur C

Der Text Nr. 1 ist eine Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung über ihr Programm vom 5. Mai 1917. In der Kriegsfrage wünscht sich die provisorische Regierung einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, lehnt aber zugleich einen einseitigen Frieden ab. Die bis jetzt fortgeschrittene Demokratisierung der Armee soll beibehalten werden, aber zugleich soll die Armee für den Krieg noch verstärkt kampffähig sein. In der wirtschaftlichen Frage soll dem wirtschaftlichen Chaos ein Ende gemacht werden, indem die provisorischen Regierung die Verteilung und den Transport der Güter organisiert und überwacht, notfalls sogar die Gesamtproduktion organisiert. In der Bodenfrage soll die konstituierende Versammlung darüber entscheiden, ob das Land an die Arbeiter verteilt wird oder nicht. Die prov. Regierung will aber jetzt dafür sorgen, daß die landwirtschaftliche Produktion erhöht wird. Um auch das Finanzwesen zu demokratisieren, sollen die wohlhabenden Klassen Steuern zahlen. Die Organe der Selbstverwaltung sollen im demokratischen Sinne wieder aufgebaut und auch gefestigt werden. Der letzte Punkt beinhaltet, daß die prov. Regierung alles tun wird, daß sobald wie möglich die konstituierende Versammlung zusammentritt.

In der Resolution über die Regierung, vorgeschlagen von den Sozialrevolutionären und Menschewiki und am 21. Juni vom Kongreß der Sowjets angenommen, wird die Zustimmung zu der Politik der prov. Regierung bekundet. Der allrussische Kongreß bittet die prov. Regierung ihre Politik

LM (Blosse Wiedergabe des Titels; keine Bemerkung zur A R (usw.) Quellengattung)

A (besser: Fachbegriff)

┌ Erläuterung

[—] A

[—]

s. o. + Fl.

M

M

M R

Bitte keine Abkürzungen!

Lß

LM (Textaussage verkürzt)

┌ Erläuterung

[—]

A, Lß s. o.

LI (Fachterminus) | R (s. o.)

LM (s. o.)

s. o. ┌ 1. R

s. o. Z

noch energischer zu forcieren. Im weiteren werden die wesentlichen Punkte noch einmal aufgeführt, allerdings ist der Wortlaut (Punkt a, b, c, e, g) verändert und noch der Punkt d dazugekommen, der sich auf den Kampf gegen die Konterrevolution bezieht. Der allrussische Kongreß ist für die weitere Demokratisierung der Armee und die Einbeziehung der arbeitenden Massen in der Wirtschaft und dem Finanzwesen.

Die beiden Texte sind Programme, die Richtlinien für die jetzige Politik bestimmen. Sie gehen beide auf die dringenden Fragen, nämlich Krieg/Frieden, Bodenfrage und Wirtschaft ein.

2) Die Programme sind von den Hauptträgern der Februarrevolution. Zum einen kann man die Zusammenarbeit der Sowjets mit der prov. Regierung erkennen, aber auch die Verschiedenheit zwischen ihnen. Während die prov. Regierung ausdrücklich gegen einen Separatfrieden war aber für einen allgemeinen Frieden, spricht sich der allrussische Sowjetkongreß nicht ausdrücklich gegen einen Separatfrieden aus. Beide sind für die Stärkung der Armee, aber die prov. Regierung will es bei der jetzigen Demokratisierung der Armee belassen, während die weitere Demokratisierung vom Allrussischen Kongreß und den Sowjets gefordert wurde. Dies stand auch im Befehl Nr. 1 der Petrograder Sowjets. Allerdings finde ich, daß sich hier die Diskrepanz zwischen den Idealen und der Wirklichkeit zeigt, denn die Deutschen Armeen waren im Vormarsch auf Petrograd und der Befehl Nr. 1 löste im März das Chaos unter den Soldaten aus, sodaß die russische Armee geschwächt wurde. Einerseits will man damit der Forderung der russischen Soldaten nachkommen, zum andern aber auch den Krieg fortführen. Gerade im Juni war die Kerenski-Offensive, die dann zerschlagen wurde. Die prov. Regierung und die Sowjets standen im Zwiespalt zwischen den Ententemächten, die sie zur Fortführung des Krieges zwangen und den eigenen Soldaten, die des Krieges müde waren. Die Bodenfrage stellte ein großes Problem da, daß so recht weder die prov. Regierung noch der allrussische Kongreß zu lösen wußte. Die provisorische Regierung möchte die Frage nach der Verteilung des Bodens lieber auf die konstituierende Versammlung schieben. Der allrussische Kongreß drückt sich

D
 LM (Textaussage verkürzt)
 A
 [Erläuterung s. o. A
 A (Mitbestimmung u
 Kontrolle)
 Dieser Passus hätte
 — an den Anfang
 D (zukünfige) | der Wiedergabe ge-
 R | stellt — Gliederungs-
 A (Begriffsebenen) | kriterien angeben
 | können.
 A A (paßt hier nicht)
 s. o. | Der leitende Gesichts-
 s. o. | punkt der folgenden
 A/D/L | Untersuchung müßte
 s. o. | deutlicher herausge-
 R II | stellt werden.
 s. o. | Im übrigen vermii-
 s. o. | schen Sie die Schritte
 | der Einordnung u.
 | Textauswertung
 II (X. der I.)
 LM (Entfaltung fehlt) II
 [—]
 [eines revolüt. Programms
 R Z
 A (überzogen)
 R
 Besser die Provisorische Regierung
 [nach einem Friedensschluß
 A LM (zu unbestimmt)
 s. o.
 A (überzogen) Z
 LM (Konkretisierung fehlt)
 R R s. o.
 | s. o.
 | s. o.
 | A s. o.
 | s. o.

nicht so klar aus. Sie sagen nur, daß solche Maßnahmen erforderlich sind, die mit den Wünschen der Arbeitermassen übereinstimmen. Hier zeigt sich wieder der Wunsch, alles² allen¹ recht zu machen. Zum einen möchten sie gerne den Arbeitern das Land geben. Zum andern aber hätte das zur Folge, daß die Front zusammenbricht, da alle Soldaten gerne ihren Anteil sichern wollen. Die Zusammenbrechung der Front könnte auch einen Sieg der Deutschen bedeuten, so daß die einmal gewonnene Demokratie zunichte gehen könnte. Es hätte sogar noch einen Nachteil, nämlich, daß die wilde Aufteilung auch eine Lahmlegung der Produktion zur Folge hätte und damit das Land noch mehr hungern müßte.

Auch die Wirtschaft und die Finanz stecken in einer Krise. Die prov. Regierung möchte die Krise so lösen, daß sie die Unternehmen schützt (Punkt 3) aber sie zugleich besteuert (Punkt 6). Das ist für die Arbeiter zu wenig, die gerne die Produktion in die Hand genommen hätten, oder zumindest eine Teilnahme gefordert haben (Punkt e. [2]). Auf der andern Seite fühlen sich die Unternehmer durch eine Besteuerung bedroht. Dies könnte eine Konterrevolution von Seiten der Rechten zufolge haben. Die Anzeichen dafür waren schon da, denn sonst müßte man keinen Kampf gegen sie aufnehmen (Punkt d. [2]). Hier ist auch ein Hinweis auf den späteren Kornilov-Putsch zu sehen. Die Einrichtung und Wiederaufbautätigkeiten der Selbstverwaltung wurde angestrebt. Die Selbstverwaltungen haben wohl schon vor 1905 die Aufgabe, die innerstädtischen Fragen wie Auslegung des Geldetats für bestimmte Einrichtungen oder Schlichtung eines Nachbarstreits zu lösen. Diesesmal könnten die Selbstverwaltungen es sein, die für die Reorganisation in den Städten sorgen würden und somit eine Unterstützung der Regierung wären. Diese beiden Programme sind gekennzeichnet durch Sofortentschlüsse und Anpassung an die jeweilige Situation. Dies kann man an Punkt 2 [2] sehen, wo die prov. Regierung die eingetretenen Zustände nur noch legalisiert. [

Lenin hatte seine Aprilthesen (April 1917) verkündet, indem auch er auf die wichtigsten Fragen Stellung nahm. Er war auch für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, aber zugleich auch für die sofortige Beendigung des

Bz
A D
s. o.
vgl. Text
[Weiterführung A
s. o.
A
A (Bezug ganz unklar) Z
A (Bevölkerung)

A A
s. o.
Z
A
Z
LM (s. o.) I [-]

R
LM (Pauschalbegriff) R
D
[-] D
II (Absatz)
A Gr
LM (Verkürzung der Textaussage)
A/LM (sprachlich und sachlich unzulängliche Erläuterung) R
[Erläuterung

A
A (ganz unklar)
A
[-] A s. o.
A LI [Eine Überleitung und die Unterordnung unter einen leitenden Gesichtspunkt fehlen

Krieges. Hier kam er den Wunsch der kriegsmüden Soldaten nach. In der Bodenfrage forderte er Nationalisierung, daß aber wohl von den meisten als Aufteilung mißverstanden wurde. Er versprach auch den Ukrainern und Polen Selbstständigkeit. Er kritisierte massiv die die prov. Regierung und war für eine Abschaffung derselben. Der Doppelherrschaft ein Ende, alle Macht den Räten. All diese Losungen entsprachen den Wünschen der Arbeiter, daher kam die Gefahr des Umsturzes für die prov. Regierung auf. Umbildung der Ministerpositionen waren zur Folge. Mit der Kerenski-Offensive wollte die prov. Regierung und die Sowjets wieder ihre Autorität bekunden.

Gr
 Γ eine Γ des Grundbesitzes
 Gr A (Sachverhalt
 bleibt unklar)
 Gr
 R LI [-] s. o.
 A
 Bb
 LM (Pauschalisierung)
 s. o. A
 A (Regierung) Gr LM (Zusammenhanglose Darstellung)
 Bz s. o.

3) Die prov. Regierung versucht in Punkt 1 ihre eigene Position zu stützen, indem sie von „Übereinstimmung mit allen Völkern“ redet. Dies könnte ein Schwachepunkt sein, wenn sie die eigene Meinung gegen den Separatfrieden durch die Ententemächte stützt. Die Ententemächte werden vorgeschoben und die prov. Regierung versteckt sich etwas dahinter. Hier stellt sich also die Frage nach der Autorität der prov. Regierung und der Sowjets. Inwieweit sind sie noch in der Lage, die Massen zu führen und eine [vielleicht] drohende Anarchie zu verhindern. Ihre Diskrepanz zwischen den Idealen und der Wirklichkeit ist sicherlich ungünstig für sie. Es ist also keine einheitliche Linie ihrer Politik zu erkennen, sodaß klar gesagt wird, was zuerst getan wird. Die prov. Regierung und die Sowjets wollen auch alle Probleme wie Krieg, Bodenfrage, Wirtschaft, Armee usw. auf einmal lösen. Da sie noch keine Erfahrung im Regieren oder in einer parlamentarischen Sitzung vorher hatten, ist es für sie sehr schwierig alles auf einmal lösen zu wollen. Man könnte sagen, daß eine genaue Reihenfolge [fehlt] und damit auch eine klare Linie der Politik fehlt, sodaß sie für die Massen erkennbar gewesen wäre.

LM (Unterordnung unter Leitfrage)
 A
 +/A (unverständlich)
 A
 Z s. o. A
 s. o. Z [.]
 [-]
 Z A
 A
 s. o. + Gr
 s. o. [-]
 A (s. o.)
 A
 A R A LI
 Z A
 LI [-] W
 s. o. (die) :
 :

Ein anderer Punkt ist der in Punkt [2]d angesprochene Kampf gegen die Konterrevolution. Sicherlich taten sie gut daran, die „Reaktionären“ im Auge zu behalten, allerdings wurde die Gefahr der einseitigen Ausrichtung gegen diese gegeben. Die gefahr wurde deshalb verkannt, weil Lenin und die Bolschewisten noch nicht die Mehrheit in dem allrussischen Kongreß hatte.

LM (Bezug unklar) [-]
 Bz
 Gr
 A/LM (sprachlich und sachlich unklar) R
 LM (Argumentation wird s. o. nicht deutlich) Bz
 Gemeint: im Volke

Die prov. Regierung und die Sowjets hatten noch die Mehrheit im Volke, weil die Arbeiter doch noch hofften, daß die Krisenzeit bald enden wird, aber der bevorstehende Verlust des Krieges und die schlechte Versorgungslage waren Punkte, die die Gesamtbevölkerung Rußlands betrafen und ihnen somit auch die nahesten und vordringlichsten Probleme waren. In diesem Zustand waren sie anfällig für Propaganda. Sie waren für die, die ihnen auch Friede, Brot und Freiheit versprochen.

s. o.

A

M

A

Bz

LM

Gr

A

[Bz?]

s. o.

Gr

Zusammenhänge bleiben unklar

Die Arbeit belegt, daß Sie — in Anlehnung an die bisher eingeübten Arbeitsschritte — Ihren hinreichenden Kenntnisstand über die Phase der Doppelherrschaft in die Textauswertung einbringen und zu angemessenen Sachurteilen vordringen wollen. Dabei zeigen sich jedoch inhaltliche, methodische und sprachliche Schwächen, die eine zufriedenstellende Lösung der gestellten Aufgabe verhindern.

Die Wiedergabe der Textaussagen ist frei von Mißverständnissen, aber sie lehnt sich zu eng an Aufbau und Wortlaut der Vorlagen an, nennt nur die äußeren Daten, ohne sie eigenständig in eine Textanalyse einzubeziehen, und verzichtet auf erforderliche Erläuterungen zentraler Begriffe, die allerdings im folgenden Abschnitt ansatzweise geleistet werden.

Im zweiten Arbeitsschritt, in dem Sie die Einordnung der Quellen sofort mit der Textarbeit verknüpfen, finden Sie zu richtigen Urteilen in Detailbereichen und auch zu einer akzeptablen Aufzählung der Belastungen, unter denen das System der „Doppelherrschaft“ stand. Während Sie zutreffend auf Parallelen und Unterschiede im Wortlaut der Texte hinweisen, arbeiten Sie zu wenig mit dem Material, um zu einer fundierten Beurteilung gerade der zweiten Phase der russischen Revolutionsgeschichte des Jahres 1917 zu finden. Außerdem hätten Sie die einzelnen Schwerpunkte Ihrer Untersuchung deutlicher entfalten und unter die im dritten Abschnitt formulierte Leitfrage stellen müssen.

Der Versuch einer persönlichen Stellungnahme muß als mißglückt gewertet werden: die von Ihnen vorgelegten Beantwortungen der Leitfrage greifen zu kurz oder bleiben unzusammenhängend und unklar. Die in der Arbeit gebotene sprachliche Leistung (Sprachrichtigkeit, Differenziertheit in Wortwahl und Satzbau, Präzision in der Verwendung der Fachterminologie) ist oft unzulänglich.

Note: ausreichend (minus)

Klausur D

Der erste Text gibt eine Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung über ihr eigenes Programm wieder. Die Deklaration stammt von 5. (19.) Mai 1917. In ihr nimmt die Provisorische Regierung Stellung zu den Punkten Außenpolitik, Armee, Wirtschaft, Schutz der Arbeit, Land bzw. Maßnahmen zur Ertragreicherung des Landes, Finanzsystem sowie zu demokratischen Organen. In der Außenpolitik strebt die Provisorische Regierung für

A/LM [Bloße Wiedergabe des Titels; kein Hinweis auf Quellengattung] A Fl. (—)

A

LM

A

LM

s. o.

Gr

Verwischung der Begriffsebenen
Ganz unbestimmt
George-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung Braunschweig

einen schnellstmöglichen Friedensschluß, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Dieser Frieden soll auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker basieren. In diesem Punkt ist eine deutliche Übereinstimmung mit den Aprilthesen Lenins zu erkennen. Lenin sprach sich in seinen Thesen auch für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges aus.

D/A : Sie vermissen
 LI : die Textwiedergabe
 LM : be mit der Ein-
 (Verhär- : ordnung
 zung)

Was die Armee angeht, spricht sich die Provisorische Regierung für eine Demokratisierung dieser aus, was die Stärkung in Bezug auf die Verteidigungskraft haben soll. Die Demokratisierung ist eines der wichtigsten Punkte der Provisorischen Regierung, was sich auch im „Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ widerspiegelt. Jedoch betrifft die Demokratisierung der Armee lediglich die Einheiten in Petrograd, wobei in der Deklaration des ersten Koalitionskabinetts dies ohne Einschränkung gilt. Im wirtschaftlichen Aspekt decken sich die Beschlüsse mit den Punkten in Lenins Aprilthesen: Kontrolle über die gesamte industrielle Produktion und nur ein Eingreifen in die Produktion bei notwendigen Gegebenheiten. Maßnahmen zum Schutze der Arbeit werden jedoch in den Aprilthesen und in anderen Bolschewistischen Programmen nicht erwähnt.

s. o.
 LB/Gr [Erläuterung
 R A/Gr
 Bz [in der Deklaration
 s. o. LM (Irreführender
 Anschluß)
 R A
 LM (Unzulässige Einschrän-
 Bz (unklar) kung)
 A
 + LI
 A
 [Erläuterung
 R A/LM [präzi-
 sere Einordnung]

Während in der Land-Frage die Bolschewisten tatkräftig eingreifen wollten, d. h. die Enteignung der Großgrundbesitzer (und Neuverteilung deren Ländereien), [sq] spricht sich die Provisorische Regierung nur für vorbereitende Maßnahmen zur besseren Ausnutzung des Bodens aus. Die Frage des Übergangs des Landes in die Hände der Werktätigen behält sich die Regierung vor.

A LB
 LI Gr [. . .]

[Entscheidung in der
 LM (Nicht gekennzeichnetes
 Zitat)

Was die Aufforstung des Finanzwesens betrifft, so will sich die Regierung bemühen dieses auf eine demokratische Grundlage zu bringen, und sie wird nach einer direkten Besteuerungsmöglichkeit der besitzenden Klassen Ausschau halten. Wenn man dies mit den Aprilthesen Lenins vergleicht, so sieht man, daß dieser Punkt keineswegs mit dem der Aprilthesen Lenins [und der Bolschewisten] übereinstimmt. Lenin sprach sich für einen Zusammenschluß aller Banken zu einer Nationalbank aus, und von besonderen Besteuerungen war keine Rede.

+ A
 Z
 A
 A
 (—) | LB
 D, „Vergleich“ führt zu
 einem völlig falschen
 Eindruck von Lenins
 A | Programm.

Weiterhin will die Provisorische Regierung schnellst möglich Organe demokratischer Selbstverwaltung aufstellen bzw. wiederherstellen und festigen, was ganz und gar von den Vorstellungen der Bolschewisten abweicht. Bei den Bolschewisten sollte alles von der Partei ausgehen, so zu sagen „Diktatur der Partei“ und keine Demokratisierung irgendwelcher abgeschafften Selbstverwaltungen. (Trotzdem soll es Wahlen geben, nur mit von der Partei bestimmten Kandidaten.)

R
A [Erläuterung
[—]
LF Gr
R
A | LB
D [Zusammenhang nicht ersichtlich]

Der zweite Text gibt eine Resolution über die Provisorische Regierung vom 21. (4. 7.) Juni 1917 wieder, in der der Allrussische Kongreß sein Vertrauen der Provisorischen Regierung ausspricht und damit der Deklaration vom 5. (19.) Mai zustimmt. Jedoch tritt der Allrussische Kongreß für besondere Bemühungen in den Punkten eines Friedensschlusses ohne Annexionen, für die Bekämpfung des Zusammenbruches des Finanzwesens, der Wirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung ein, für die weitere Demokratisierung der Armee, für die Aufnehmung des Kampfes mit der Konterrevolution für die Stärkung der revolutionären Demokratie durch die Erweiterung der Lokalverwaltung auf demokratischer Grundlage ein, und für die Einführung von Selbstverwaltungen überall dort, wo diese noch nicht eingeführt worden ist. Diese Punkte ihres Programms sind liberaler Natur.

s. o.
LM (vgl. Bem. zur „Deklaration“)
Datierungsweise
L

A [Textaussage bleibt undeutlich] R
LM [Aufzählung statt Wiedergabe der Textaussagen]
LB | Gr
Z
Z
LF [Ganz unzulängliche Begriffswahl u. Kennzeichnung]
Bz

Zusammenfassend stellt die Deklaration des ersten Koalitionskabinetts der Provisorischen Regierung zusammen mit der Resolution über die Regierung einige Widersprüche in bezug auf Lenins Aprilthesen dar, wie z. B. die Sanierung des Finanzwesens durch Demokratisierung dessen und in bezug auf die Errichtung von demokratischen Selbstverwaltungen, welche krasse Gegensätze zu Lenins Thesen darstellen, Übereinstimmungen stellen die Punkte 1 und 8 dar: schnellstmögliche Friedensschließung ohne Annexionen und Kontributionen und Kontrolle in allen wirtschaftlichen Bereichen sowie im Notfall auch Organisieren von Wirtschaftszweigen. Was die Landfrage angeht hat die Provisorische Regierung noch keine konkreten Maßnahmen anzubieten, hingegen die Bolschewiki schon eine klare Linie: die Enteignung von Großgrundbesitzern. Ein weiterer krasser Widerspruch die die Demokratisierung der Armee, die von der Provisorischen Regierung als unbedingt not-

A
D
Gr | LB
s. o. | W/LB
A
A Z
LB
D (s. o.) Z | LB

wendig angesehen wird, damit die Verteidigungsbereitschaft und Kampfkraft der Armee gestärkt wird. Lenin spricht in seinen Aprilthesen von einer Auflösung der Armee und keine weitere Stärkung dieser durch Demokratisierung.

FF [Aussagen verkürzt]
Gr

Außerdem stellen die Punkte 1 und 2 in der Deklaration des ersten Koalitionskabinetts einen Widerspruch in sich [selber] dar. Auf der einen Seite wird in Punkt 1 davon gesprochen, daß die Regierung einen Frieden so schnell wie möglich herbeischaffen will, einen Frieden ohne Annexion und Kontribution, und auf der anderen Seite wird in Punkt 2 davon gesprochen, daß die Armee demokratisiert werden muß, „die Organisierung und Verstärkung ihrer Kampfkraft sowohl im Hinblick auf die Verteidigung, als auch auf den Angriff . . .“. Hier stellt sich die Frage wozu man, wenn man einen Frieden herbeischaffen will, eine Armee auf Angriff hin verstärken will, ein Verteidigungsheer würde völlig ausreichen! (Zumal die Armee zum größten Teil aus kampfmüden Soldaten besteht und eine Gegenoffensive, wie es die Juni/Juli-Kerenski-Offensive zeigte, zum Scheitern vorprogrammiert ist, da das deutsche Heer zu stark gegenüber dem russischen Heer ist.) Eine Zustimmung der Bolschewisten zur Deklaration der bürgerlich demokratischen Regierung konnten die Provisorische Regierung nicht erwarten, da sie, wie Lenin es in seinen Aprilthesen formulierte, als „imperialistische Regierung“, also der sozialistischen Revolution feindlich gesinnte Partei anzusehen ist. Außerdem stellt sich noch eine weitere Frage in den Raum: Punkt 5 spricht davon, daß „...die für das Land notwendige Produktion von Brotgetreide zu erhöhen, und die Ausnützung des Bodens im Interesse der Volkswirtschaft und der werktätigen Bevölkerung zu regeln“ ist. Nun wirft sich die Frage in den Raum, wer denn dazu beitragen soll, daß die Bevölkerung soviel an Nahrung erhält, daß sie nicht mehr zu hungern braucht? Die Bauern [selber] sind an der Westfront, ihrer Kräfte ohnehin schon beraubt. Wenn diese Soldaten nun von der Front zurück ins Land kommen müßten um ihre Felder agrarreicher zu machen, kann man aber auf der anderen Seite von keiner Stärkung der Armee, sondern von einer Schwächung dieser reden.

FF (—)

St

A

W

St

Z

A (s. o.)

D

[Textaus-
sagen
wurden
nicht
ver-
standen]

Z A

A

A

A

A

R

Bz

|| Absatz

LM [Charakterisierung]

Bz unpräzise]

A/FF (s. o.) LM [Perspektive bleibt unklar]

A

A

Z

W/A

Z (—) A LM [Verkürzung]

FF [Pauschalierung]

Z

A

Γ man muß

Gr

Die Arbeit bietet vereinzelt Ansätze im inhaltlichen Bereich, die erkennen lassen, daß Sie die vorgelegten Texte nicht völlig mißverstanden haben und daß Sie ihren Inhalt, knapp unter übergeordnete Gesichtspunkte fassend, in die Phase der „Doppelherrschaft“ einzuordnen versuchen. Ebenso läßt sich im letzten Abschnitt der Versuch einer kritischen Stellungnahme finden.

Im übrigen zeigt die Arbeit jedoch schwere Mängel.

Die Anlage der Arbeit ist nicht durchdacht worden. Die Schritte der Textwiedergabe, der Einordnung und des Urteils werden von Beginn an miteinander vermischt. Zudem läßt die Darbietung des Lösungsweges jede Strukturierung nach leitenden Gesichtspunkten vermissen; deshalb gleitet auch Ihr Versuch einer Stellungnahme in unkoordinierte und nicht gewichtete Randüberlegungen ab.

Ihre Kommentierung des Quelleninhaltes enthält grobe Mißverständnisse wichtiger Textpartien. Sie beschäftigen sich zwar mit der „Deklaration“, werten den Wortlaut aber nicht aus; auf die „Resolution“ gehen Sie — nach einer unverbundenen Aufzählung von Einzelaussagen dieses Textes — gar nicht ein. Ihr Versuch, zu einer Beurteilung der in der „Deklaration“ vertretenen politischen Position zu gelangen, indem Sie einzelne Passagen daraufhin untersuchen, ob gleiche oder ähnliche Aussagen auch in den „Aprilthesen“ enthalten sind, muß als gescheitert gewertet werden, da durch Ihre verzerrenden „Vergleiche“ ein völlig falsches Licht auf Lenins Programm geworfen wird. Darüber hinaus gelangen Sie auf diese Weise nicht zu einem treffenden und abgesicherten Sachurteil über die gesamte Phase der Doppelherrschaft, geschweige denn zu einer Einschätzung der seit dem 5. Mai eingetretenen gewandelten Lage.

Schließlich ist Ihr sprachliches Darstellungsvermögen, eingeschlossen die Verwendung der Fachterminologie, gänzlich unzureichend.

Die in der Arbeit gebotene Leistung kann lediglich wegen der oben angeführten positiven Ansätze

noch: mangelhaft (minus)

bewertet werden.

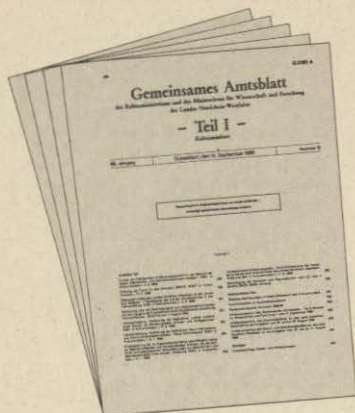
Verlag
für die Schriftenreihen
des Kultusministers

Fordern Sie jetzt das
aktuelle Verlagsverzeichnis an!

vgr

Verlagsgesellschaft Ritterbach mbH
Rudolf-Diesel-Straße 10-12
5020 Frechen 1
Telefon (02234) 57001

Die Zwei im Schulrecht



Herausgeber:
Der Kultusminister und der
Minister für Wissenschaft
und Forschung des Landes NRW,
Teil I – Kultusminister,
Teil II – Minister für Wissenschaft
und Forschung

**Das GABI. NW.
(Teil I – Kultusminister)
bringt monatlich:**

- neue Schulvorschriften
- Änderungen von Schulvorschriften
- amtliche Bekanntmachungen und Mitteilungen
- Stellenausschreibungen
- Hinweise auf Wettbewerbe, neu erschienene Schriften und sonstige Informationen
- Anzeigenmarkt mit Stellenanzeigen

Das GABI. NW. ist die unentbehrliche „Ergänzungslieferung“ zur jeweils letzten BASS.

Herausgeber:
Der Kultusminister des Landes NRW,
Umfang ca. 1200 Seiten, **kostenlose
Jahresbeilage für Abonnenten
des GABI. NW.**

**Die BASS erscheint jährlich zum
Schuljahresbeginn. Sie bietet:**

- sämtliche Schulvorschriften in der am Stichtag gültigen Komplettfassung (d. h. Ergänzungen/Änderungen eingearbeitet, Ungültiges gestrichen)
- umfangreiches Stichwortverzeichnis
- Querverweissystem
- Abkürzungsverzeichnis
- systematische und chronologische Übersichten
- Anhang mit wichtigen Anschriften u. a. nützlichen Informationen

Die BASS faßt jährlich in einem Band alle bisher im GABI. NW. veröffentlichten und noch gültigen Schulvorschriften zusammen.

**Mit GABI. + BASS immer aktuell!
Ihr Preisvorteil: Als Abonnent des GABI. – Teil I –
erhalten Sie kostenlos die aktuelle BASS.
Abonnieren Sie jetzt! Telefon 0 22 34/5 7001**

